

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2. Reichsmark voraus zahlbar.

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk und Welt'...

Telegraphisch: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareille... 10 Pfennig

Anzeigen für die nächste Nummer... 10 Pfennig

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Mittwoch, den 19. Mai 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Rüstet zum Volksentscheid!

Am Sonntag, den 20. Juni 1926, findet die Volksabstimmung in der Frage der Fürstenvermögen statt.

Die Republik soll den Fürsten und ihren Handlangern die Mittel zum Kampfe gegen die Republik liefern.

Sie führen diesen Kampf für die Wiederherstellung der Monarchie.

Zertrümmerung der Verfassung. Vernichtung der Volksrechte. Aufrichtung der Diktatur.

Herrschaft der Standgerichte und des völkischen Terrors sollen die Ruhe des Reichs über Deutschland verbreiten.

12 1/2 Millionen Deutsche haben im Volksbegehren den Volksentscheid gefordert.

Am 20. Juni findet ein Entscheidungskampf statt zwischen dem demokratischen Deutschland und den wieder sich aufrichtenden Mächten der Vergangenheit.

In Stadt und Land, von Haus zu Haus, in Werkstatt, Fabrik und Bureau muß in den folgenden Wochen Aufklärung darüber getragen werden, um was es geht.

Der Volksentscheid.

Die Verordnung über die Abstimmung.

Auf Grund des § 4 des Gesetzes über den Volksentscheid vom 27. Juni 1921 (Reichsgesetzblatt S. 790) und des § 18 der Reichsstimmordnung vom 14. März 1924 (Reichsgesetzblatt I S. 173) wird auf Beschluß der Reichsregierung hiermit verordnet:

§ 1.

Nachdem der Reichstag in seiner Sitzung vom 6. Mai 1926 den im Volksbegehren verlangten, aus der Anlage ersichtlichen Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenvermögen abgelehnt hat, wird dieser Gesetzentwurf zum Volksentscheid gestellt.

Gegenstand des Volksentscheids ist die Frage, ob der im Volksbegehren verlangte, vom Reichstag abgelehnte Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenvermögen Gesetz werden soll.

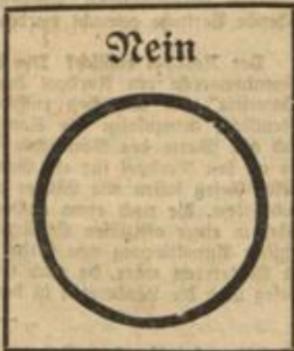
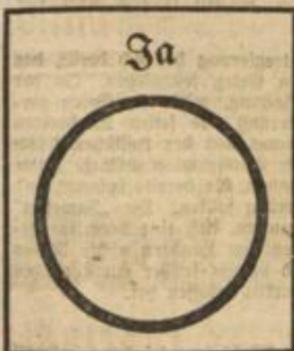
§ 2.

Die Abstimmung findet am Sonntag, den 20. Juni 1926, statt.

§ 3.

Der Stimmzettel erhält den hier abgebildeten (verkleinerten) Ausdruck:

Soll der im Volksbegehren verlangte Entwurf eines Gesetzes über Enteignung der Fürstenvermögen Gesetz werden?



Die Stimmabgabe erfolgt in der Weise, daß der Stimmberechtigte, der die zur Abstimmung gestellte Frage bejahen will, das mit 'Ja', der Stimmberechtigte, der sie verneinen will, das mit 'Nein' bezeichnete Viereck durchkreuzt.

§ 4.

Die Stimmlisten und Stimmkarten sind vom 6. Juni 1926 bis einschließlich 13. Juni 1926 auszuliegen.

Berlin, den 17. Mai 1926.

Der Reichsminister des Innern Dr. Brüning

Deshalb richten wir an alle freigeistlich Gesinnten in den deutschen Ländern, vor allem an unsere Genossen und die freigeistlich organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten die Mahnung, daß jeder nach seinen Kräften beitragen möge, um den Sieg vorzubereiten.

Alle Bezirke sind im Besitz von Sammellisten für den Volksentscheid.

Zeichnet auf diese Listen!

Dann wird es gelingen, den Raubzug der Fürsten abzuwehren, der politischen Freiheit, dem wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands die Wege zu ebnen.

Berlin, den 19. Mai 1926.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

An die Gewerkschaftsmitglieder!

Nachdem der Generalstreik in England beendet ist, schließen wir hiermit die Sammlung zur Unterstützung der englischen Kameraden.

Gleichzeitig ersuchen wir die Mitglieder der Gewerkschaften, nunmehr nach Kräften dazu beizutragen, daß die Kosten für den bevorstehenden Volksentscheid rechtzeitig aufgebracht werden.

Berlin, den 19. Mai 1926.

Der Bundesvorstand des ADGB.

Die Regierungserklärung.

Das Kabinett vor dem Reichstag. — Abstimmungen. — Pfingstferien.

Der Reichstag wird am Mittwoch in einer um 12 Uhr beginnenden Sitzung zunächst den Reden verabschieden und dann in einer zweiten Tagung, die eine halbe Stunde nach Schluß der ersten Sitzung geplant ist, die Erklärung der Reichsregierung entgegennehmen.

Die Erklärung der Reichsregierung umfaßt 5 Schreibmaschinenseiten. Sie befaßt sich, wie der Sozialdemokrat mitzuteilen weiß, mit der Pfingstfrage und betont, daß im Sinne des Reichspräsidenten möglichst bald durch einen besonderen Ausschuß der Versuch zur Schaffung einer Einheitslagge gemacht werden soll.

Als Redner der sozialdemokratischen Fraktion wird Genosse Hermann Müller die Haltung der Sozialdemokratie zu dem neuen Kabinett begründen.

Katastrophaler Frankensturz.

100 Reichsmark — 825 Franken.

Paris, 18. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Franken hatte am Dienstag einen neuen heftigen Sturz zu verzeichnen; die Kurse für angelsächsischen Devisen haben eine neue Rekordhöhe erreicht.

Diese Entwicklung der französischen Währung steht im engen Zusammenhang mit dem ungünstigen Verlauf, den nach den bisherigen Darstellungen die in London geführten Verhandlungen zwischen den Finanzministern Peret und Churchill genommen haben.

Nennl aus der Haft entlassen. Pietro Nenni, der bekannte frühere 'Avanti'-Redakteur, der vor einigen Wochen verhaftet worden war, ist nach dem 'Giornale d'Italia' wieder auf freien Fuß gesetzt worden.

Alarm zum Bürgerkrieg.

Ein Schurkenstreich der Hugenberg-Pressen — und was aus ihm folgt.

Der Berliner Polizeipräsident erläßt eine Richtigerklärung zu den Veröffentlichungen eines Berliner Spätabendsblattes über den sogenannten 'Roten Frontkämpfertag'.

Der Polizeibericht verjäumt auszusprechen, daß das Berliner Spätabendsblatt, das für Sonntag den Bürgerkrieg ankündigt, kein anderes ist als die berühmte 'Nachttausgabe' von Hugenbergs 'Tag'.

Wollten die Kommunisten wirklich 80 000 Mann nach Berlin bringen, so müßte ungefähr der letzte Mann ihres gesamten organisierten Anhangs aus dem ganzen Reich hierhergeholt werden.

Die Leute von der 'Nachttausgabe' kennen diese Tatsachen auch. Sie glauben an die Gefahren, die sie an die Wand malen, selber nicht.

Wie ein Schafal in der Wüste nach Leichen, so heult die Rechtspresse nach einem kommunistischen Putsch.

Käme heute jemand daher, der, als Kommunist maskiert, die Gewaltanwendung, den bewaffneten Aufstand predigte — kein vernünftiger Mensch würde in ihm etwas anderes erblicken, als ein von Claf und Konforten gekauftes Subjekt.

Darum kann kein wirklicher Kommunist heute auf den Gedanken kommen, unbezahltweise eine Rolle zu spielen, die man nur einem bezahlten Lumpen zutrauen kann.

So vollkommen klar ist jetzt die Situation geworden. Sie ist durch die Enthüllungen der preussischen Regierung aufgehellt, und der Artikel der 'Nachttausgabe' bestätigt nur, was über die verbrecherischen Absichten der Rechtsputschisten bekanntgeworden ist.

Ein Vorwand für den Bürgerkrieg wird gesucht, eine Kriegslüge, um die Schuld an einem ausbrechenden Bürgerkrieg von seinen wirklichen Urhebern auf andere abzuwälzen.

Es ist notwendig, die Lage ganz klarzustellen. Mit der Klassenkampfformel allein ist das nicht möglich. Gewiß gibt es Kreise der Bourgeoisie, die im Faschismus das Mittel sehen, ihre Klassenherrschaft aufrechtzuerhalten.

Diese Gesellschaft sieht, daß die sozialistische Arbeiterschaft in der Demokratie, im gleichen Wahl- und Stimmrecht, in der Presse-, Vereins- und Versammlungsfreiheit ein Mittel gefunden hat, ihre Forderungen geltend zu machen.

arbeitenden Massen führen muß. Ihr Ziel ist darum die Vernichtung der Demokratie.

Was jene vernichten wollen, zu verteidigen, ist unser aller Aufgabe. Das ist von den Massen blitzschnell begriffen worden. Die Kommunisten haben ja noch ihre besondere Theorie, aber in der Praxis glauben wir, fühlt sich heute auch jeder kommunistische Arbeiter als ein Verteidiger der demokratischen Republik. So hinverbrannt kann schließlich doch keiner sein, zu meinen, es sei für die Arbeiter gleichgültig, ob das allgemeine Wahlrecht besteht oder nicht, ob das allgemeine Stimmrecht für den Volksscheid besteht oder nicht, ob Pressefreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit bestehen oder nicht. Und wäre einer so hinverbrannt, so müßte er schließlich aus der berüchtigten Rotverfassung der Rechtsprüfungen erfahren, daß es letzten Endes um die Koalitionsfreiheit geht, und keiner wird sagen wollen, es sei für die Arbeiter gleichgültig, ob es Gewerkschaften gibt oder nicht!

Italien, das Land des Faschismus, ist das Land der schlechtesten Löhne.

Der Kampf gegen den Faschismus ist für die Arbeiter ein Kampf um das nackte Leben. Der Kampf gegen den Faschismus kann aber nur geführt werden als ein Kampf für die Demokratie.

Heute läuft die ganze Praxis des politischen Kampfes der Arbeiterklasse darauf hinaus, die Rechte der Demokratie, die durch die bestehende Verfassung gewährleistet sind, gegen den Angriff des Faschismus zu verteidigen. Und jede Ideologie, die dieser Praxis widerspricht, wandelt über Wolken.

Die Sammlung aller Kräfte gegen den Faschismus, die Aufrechterhaltung der Republik, des parlamentarischen Systems, der von den Arbeitern schwer errungenen staatsbürgerlichen Freiheiten ist die Forderung der Stunde, ist das Gebot des proletarischen Klasseninteresses.

Die Kommunisten, die am Pfingstsonntag zu uns nach Berlin kommen, werden mit Musik durch die Straßen ziehen und für ihre Ideen Propaganda treiben können, weil Deutschland glücklicherweise immer noch eine demokratische Republik ist, weil Sozialdemokraten in der preussischen Regierung sitzen und weil es der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin, der am letzten Sonntag die Schwarzweißrotten sich blamieren ließ, wie sie wollten, mit der Gleichberechtigung aller ernst nimmt. Regierten Claf, Hugenberg u. Comp. so wäre das alles ganz anders. In diesem Sinne betrachten wir den kommenden Pfingstsonntag als einen ausgezeichneten Propagandtag für die demokratische Republik.

Der Polizeipräsident teilt mit: „Ein Berliner Spät- abendblatt bringt in großer Aufmachung die Nachricht, daß der Polizeipräsident wohlwollend und endgültig das Pfingst- meeting der Kommunisten genehmigt habe und veröffentlicht im Anschluß daran Einzelheiten über angebliche Vorbereitungen der Schutzpolizei und eine Verwendung der Reichswehr.“

Diese Veröffentlichungen stellen, da sie völlig frei erfunden und zum Teil direkt absurd sind, eine unverantwortliche Beunruhigung der Bürgerschaft dar, die auf das allerhöchste zu verurteilen ist. Zunächst kann keine Rede davon sein, daß der Polizeipräsident das Pfingstmeeting der Kommunisten „genehmigt“ hat. Die Tagung des „Roten Frontkämpferbundes“ ist vielmehr verfassungsmäßig zulässig und hätte allenfalls verboten werden können. Da es sich jedoch um eine einfache Tagung handelt, wie etwa um die ebenfalls zu Pfingsten stattfindende Tagung des „Stahlhelms“ in Düsseldorf und da keinerlei Unruhpunkte dafür gegeben sind, daß die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung gefährdet wird, so sehen die nach Art. 123 Abs. 2 der Verfassung erforderlichen rechtlichen Voraussetzungen für ein solches Verbot.

Wenn in der Veröffentlichung dann gesagt wird, daß zu Pfingsten 14 000 Mann Schutzpolizei 80 000 Kommunisten gegenüberstünden, so ist diese Gegenüberstellung besonders bedauerlich und absolut irreführend. Denn einmal verfügt die Polizei in Berlin nicht nur über mehr als 14 000 uniformierte

Beamte, sondern auch noch über mehrere Tausend nicht- uniformierte. Zum anderen aber sind die Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes unbewaffnet und dürfen gemäß Polizeiverordnung wie seit langem schon selbstverständlich auch an diesem Tage weder mit Stöcken noch überhaupt mit Waffen auftreten. Natürlich gilt dieses Stöck- und Waffenverbot, das unter allen Umständen durchgeführt wird, auch für die von auswärts nach Berlin kommenden Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes, für die bekanntlich die Reichsbahn Sonderzüge bereitgestellt hat.

Die Schutzpolizei ist im übrigen bei etwa vorkommenden Ruhe- störungen leicht in der Lage und unter allen Umständen bereit, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten. Sie ist daher in keiner Weise irgendwie an die Reichswehr wegen einer Unterstützung heranzutreten. Ein selbständiges Eingreifen der Reichswehr läme überhaupt nur im Fall der Verhängung des förmlichen Belagerungszustandes in Frage. Für die Berliner Bevölkerung liegt, da die Polizei für alle Eventualitäten ausreichend vorbereitet ist, durchaus kein Grund zur Beunruhigung vor und jeder Versuch, solche Beunruhigung künstlich hervorzurufen, muß auf das entschiedenste verurteilt werden und richtet sich von selbst.“

## Aenderung der Zigarettensteuer.

Beschluß des Steuerausschusses.

Der Steuerausschuss des Reichstages beriet am Dienstag eine Verordnung über die steuerliche Belastung der Zigaretten. Am August 1925 ist die Besteuerung der Zigaretten derart geregelt worden, daß neben der Bänderrolle noch eine Materialsteuer erhoben wird. Die Bänderrollesteuer beträgt 20 Proz., die Materialsteuer 900 M. für je 100 Kilo. Bei der Einführung der Materialsteuer hatte man angenommen, daß die Industrie durch eine Verkleinerung der Zigaretten die niedrigeren Preislagen zu erhalten suchen würde. Diese Erwartung ist aber nicht in Erfüllung gegangen. Die überaus starke Belastung besonders der geringeren Preislagen gefährdet deren Erzeugung und verschärft die ohnedies durch die Wirtschaftskrise leidende Industrie. Der Ausweg, die betreffenden Zigaretten in eine höhere Preislage zu versetzen, ist natürlich nur zum Teil möglich, weil viele Verbraucher nicht gewillt sind, höhere Preise anzulegen. Der dadurch hervorgerufene Rückgang im Verbrauch gefährdet den Ertrag der Zigarettensteuer, der mit 475 Millionen Mark jährlich im Reichsetat eine bedeutende Rolle spielt. Die neue Verordnung will deshalb das Verhältnis zwischen Bänderrollesteuer und Materialsteuer derart ändern, daß die Bänderrollesteuer auf 30 Proz. erhöht und die Materialsteuer auf 400 M. für den Doppelzentner herabgesetzt wird. Dadurch sollen die Erträge der Zigarettensteuer für das Reich gesichert werden, während man gleichzeitig die geringeren Preisarten entlastet und der Zigarettenindustrie wirksam hilft.

Der Steuerausschuss stimmte der Vorlage zu und ersuchte die Regierung in einer Entschließung, Material vorzulegen über die Belastung der einzelnen Zweige des Tabakgewerbes, um für eine allgemeine Neuordnung der Tabakbesteuerung sichere Unterlagen zu schaffen. Die neuen Steuerätze treten mit dem 1. Juni 1926 in Kraft.

Der Haushaltsausschuss des Reichstages genehmigte am Dienstag bei der Beratung des Nachtragssetats zum Reichshaushalt 215 000 M. zur Förderung des wirtschaftlichen Nachrichtenwesens. Der Titel „Hilfsleistungen durch nichtbeamtete Kräfte bei dem Reichskommissariat für die Kohlenverteilung“ konnte um 45 000 auf 200 000 M. herabgesetzt werden, da das Reich über 180 000 M. an Gebühren eingenommen hat. Eine längere Aussprache entsponn sich über allgemeine Bewilligungen auf dem Gebiete des Luft- und Kraftfahrwesens. Es wurden zur Beschaffung von Ausstellungen und zur Gewährung von Geldpreisen auf dem Gebiete des Luft- und Kraftfahrwesens 3 582 500 M. bewilligt, außerdem 24 570 000 M. zur Förderung wissenschaftlicher und allgemeinwirtschaftlicher Zwecke. Als Beitrag zu den Kosten für die Errichtung eines Forschungsinstituts für Wasserbau und Wasserkraft am Balchensee wurden 60 000 Mark bereitgestellt. Schließlich wurde der Nachtragssetat des Reichsinnenministeriums genehmigt. Er weist eine Mehreinnahme von 8 Millionen Reichsmark auf, die sich aus Strafbeträgen und Vollstreckungsgebühren ergeben.

## Bayerns Vereinfachungspläne.

In einer Vorbereitungskommission begraben.

München, 18. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die vor Monaten groß angekündigte Aktion der bayerischen Regierung zur Vereinfachung der Staatsverwaltung begegnet außerordentlichen Schwierigkeiten. Das geht schon daraus hervor, daß die von der Regierung dem Landtag wiederholt versprochene Vorlage von Woche zu Woche hinausgeschoben wird. Die Hauptschwierigkeiten in den bisherigen internen Verhandlungen innerhalb der Regierungsparteien ergeben sich in der Frage des Abbaues von Ministerien, nachdem der Bauernbund die Auflösung des von ihm befehleten Landwirtschaftsministeriums grundsätzlich ablehnt. Die anfänglichen Hoffnungen innerhalb der Regierung, noch im Laufe dieses Sommes zu einem Erfolg zu kommen, durch den der schlechende Bankrott der bayerischen Staatsverwaltung vermieden werden könnte, sind infolgedessen beinahe auf ein Minimum gesunken. Zur Verschleierung des sehr vorherrschenden Pessimismus der Öffentlichkeit gegenüber sahte der Ministerrat in seiner Sitzung am Dienstag, allerdings in Abwesenheit des Landwirtschaftsministers Fehr (Bauernbund), den Beschluß, eine Kommission zur Vorbereitung eines Generalplans der Regierung zur Vereinfachung der Staatsverwaltung einzusetzen. Dieser Kommission, über deren Zusammenfassung noch nichts Näheres verlautet, wird der Auftrag erteilt, Vorschläge über eine durchgreifende Verwaltungsreform in allen Ressorts auszuarbeiten und feinerzeit dem Ministerrat vorzulegen.

## Niederlage der Putschfreunde.

Die Abstimmungen im Landtag. — KPD-Phrasologie und KPD-Praxis. — Eine irrtümliche Abstimmung.

Der Landtag stimmte gestern dem Kultus- und dem Forsthaushalt zu, darunter dem demokratischen Antrag, nach dem öffentliche Schulen im Besitz der schwarzrotgoldenen Fahne sein müssen. Im weiteren Verlauf der Putschdebatte, die mitunter durch lebhafteste Zwischenrufe unterbrochen wurde, verjucht Abg. Weisfermel (Dnat.) Claf und Konforten nach dem üblichen Schema durch den Hinweis auf die angeblich bevorstehende zweite Revolution zu entlasten. — Pled (Komm.) leserte den Rechtsparteien in einer wirren Rede Wasser auf ihre Röhren, indem er auf der einen Seite erklärte, die Kommunisten dächten, wie überhaupt, so auch bei der Berliner Pfingstdemonstration an keine Revolution, aber... wir machen keinen Putsch, sondern werden in aller Öffentlichkeit die Massen auflären, um sie so zu organisieren zum gewaltsamen Umsturz und zur Schaffung des Arbeiterstaates. (Gehäutes Hört, hört! rechts.) Die Ausführungen des Abg. Körner (völk.) geben zum großen Teil im Gelächter der Linken verloren.

Der Rotetat wird in zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten angenommen, nachdem sich die Volkspartei vorher das Vergnügen geleistet hatte, in zweiter Lesung gegen den Rothausalt des Staatsministeriums zu stimmen.

Eine kleine Sensation, die die revolutionäre Phrasologie des Abg. Pled trefflich charakterisiert, gibt bei der Abstimmung über das Ersuchen an das Staatsministerium, den Einfluß Preußens im Reich nachdrücklich dafür geltend zu machen, daß unverzüglich das Ausführungsgesetz zum Artikel 48 der Reichsverfassung erlassen wird. Dieser Antrag, gegen den die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen stimmen, findet unter großer Heiterkeit nur dadurch Annahme, daß die Kommunisten sich der Stimme enthalten.

Bei der Abstimmung über den völksparteilichen Antrag, den bloßgestellten Putschisten eine Ehrenerklärung abzugeben und die Behörden, die die Hochverratspläne der Putschisten aufgedeckt haben, zur Rechenschaft zu ziehen, werden 360 Karten abgegeben, davon 144 Ja- und 216 Neinarten. Der Antrag ist abgelehnt. Beifall links, Pfau-Rufe rechts.

Nachträglich stellt sich heraus, daß bei den Abstimmungen zum Rotetat eine Erhöhung der Aufwandsentschädigung der Pressestelle abgelehnt wurde, weil irrtümlich die Regierungsparteien dagegen, Deutschnationale und Volkspartei dafür gestimmt haben. Eine sofortige Korrektur des Irrtums scheitert am deutschnationalen Widerspruch.

Um 16 Uhr verlegt sich das Haus auf Mittwoch 11 Uhr: Haus- zinssteuer.

## Der Dreh.

Von Hans Bauer.

„Ach aber sage euch,“ heißt es im Matthäus-Evangelium, „daß ihr nicht widerstreben sollt dem Uebel, sondern so dir jemand gibt einen Streich auf deinen rechten Backen, dem vierte den anderen auch dar. Und so jemand mit dir rechten will und deinen Rock nehmen, dem laße auch den Mantel.“

Ein demütiges, ein sanftes Christusbild, eines des Weltvertrags und der Umgekehrtheit. Also: ein unbequemes Christusbild für alle die, die Christus im Munde führen, aber ihren nackten, kalten, ihren brutalen Geldgott meinen, für alle die, denen die Bibel nicht viel mehr als einen sittlichen Winkelaboolaten-Kommentar bedeutet. Es ist vorzustellen, daß diese Leute wenig erbaut sind von diesem Wort, daß sie es mit zusammengekniffenen Augen mißtrauisch betrachten und ihm lediglich den Wert einer Stützwidrigkeit beimessen, die es aus der Welt zu schaffen gilt. Das ist nun nicht leicht. Der Satz steht geschrieben und beharrt auf dem Recht seiner biblischen Existenz. Manchmal hilft in solchen Fällen die Erhebung zur allegorischen Bedeutung. Man sagt: Ja, das ist schön und gut, aber natürlich darf es nicht wörtlich verstanden werden. Es ist nicht Fluß des Lebens, es ist Sinnbild des Lebens. Es gibt nicht Anweisung für den Alltag, es muß erst, mittels eines Schlüssel, der in unseren Händen ist, für den Alltag zurechtgerichtet, in seine Verhältnisse übertragen werden. Dieser Kniff ist aber nicht immer anzuwenden. Was dann? Nun, der Pfarrer des Berliner Doms, Herr D. Doehring, weiß es und setzt es auf einer ganzen geschlagenen Seite der „Täglichen Rundschau“ auseinander. Fest stand für ihn im vorhinein dreierlei: Einmal, daß das fatale Bibelwort in der Zeit der Fürstenabfindungsfrage eine sehr aktuelle Bedeutung hat und geeignet wie kein anderes ist, dem protestantischen Gewissen in seiner Parteinahme für die Dynastien gegen das Volk Anspiegel zwischen die Beine zu werfen; zum anderen, daß es auf keinen Fall einen praktischen Wert haben dürfte; schließlich, daß die Deutungs- maschiniererei nicht einfach mit Auslegungskünsten und Wortspielen arbeiten dürfe, daß es vielmehr gelte, dem anstößigen Anspruch durch einen geschickten Dreh das Genick zu brechen und ihn dennoch am Leben zu lassen.

Wie macht man das? Wie schlingelt man sich durch? Wie dient man dem Gotteswort und dem Fürstenanspruch gleichermaßen? Wie bekennt man sich zu einem Christuspruch und zur Räuber- moral davongelaufener Könige in einem Atemzuge? Also bitte schön, nichts einfacher als dies. Sehen Sie sich bitte die Hände des Herrn Pfarrers Doehring an: jezt hält er das Wort vom Backenreich und vom abprozeßierten Rock in ihnen. Ueberzeugen Sie sich genau: alles echt, alles bibelhaft. Keine Täuschung, keine Illusion. Und nun: ein kurzes Schütteln der Hand: Pff! Alles fort, alles weggegeben, Etzt dessen ist die Hohensollernforderung

erschienen. Sie wollen das Kunststück erklärt haben? Ei, das peinliche Bibelwort wird in allen Ehren gehalten. Der einzelne hat tatsächlich jedem, der ihn schlägt, den anderen Backen hinzuhalten und ihm den Mantel zu geben. Aaaaaber: Christus hat ja auch das Wort von der Brudersliebe geprägt, von der Verpflichtung der Gesamtheit, dem bedrohten Nächsten zu Hilfe zu kommen. Nun, diese Gesamtheit duldet einfach nicht, daß der protestantische Christ der Christusforderung nachkommt. Sie stellt sich schützend vor ihn. Sie verteidigt ihn. Uff. Der Doehring'sche Patentkniff braucht sich also doch nicht zum zweiten Male schlagen und sich nicht den Mantel abzulegen zu lassen, wie sehr er es auch will und wie sehr er auch danach lechzt, das Bibelwort zu erfüllen. Herr Doehring und die Seinen vereiteln es. Feine Sache, so etwas! Rabifale Demut mit der Gewißheit, daß sie einem nicht gefährlich wird, Bereitschaft zu äußerstem Verzicht, ohne die geringsten Verpflichtungen einzugehen. Das heißt man, die Quadratur des Kreises entdeckt, den Bären gewaschen, ohne ihn nahgemacht zu haben.

Aber schließlich: muß nicht das armeleise Zimmermannskindchen, das da vor 2000 Jahren geboren wurde, noch recht froh sein, daß ein so tütelbehafteter Herr wie der Prediger Doehring ihm nachweist, daß sein vorzeitiges Wort auch anders als in einem Sinne verstanden werden kann, der ihm endgültig das Wohlwollen fürsüchtiger Persönlichkeiten rauben müßte!

Die Berliner Akademie der Künste zum Opernhausumbau. Die Architekten der preussischen Akademie der Künste nahmen, wie es die Besamntatademie dieser Lage schon angekündigt hatte, zum Umbau des Berliner Opernhouses Stellung. Die Architekten — unter ihnen Ludwig Hoffmann, Janßen, Straumer, Poelzig, Gehner, Breslauer, Seef usw. — waren einstimmig der Ansicht, daß die Pläne, die in der Hochbau- abteilung des Finanzministeriums ausgearbeitet worden sind, unmöglich sind. Sie zerküßten das Plakbild, schädigen die Hedwig- stiche, verunstalten den Knobelsdorffschen Bau und bieten trotz großer Kosten nicht das erreichbar Beste. Die Architekten der Akademie arbeiten mit größter Beschleunigung ein Gutachten aus, das einen Plan enthält, der dem Betriebe der Oper die nötige Sicherheit gibt, ohne die getennzeichneten Mängel aufzuweisen. Gedacht wird, wie man hört, an einen Anbau an das Opernhaus im rückwärtigen Teil, der nur auf der einen Seite im rechten Winkel anschließt und zum Prinzeßinnen-Palais hinübergeht. Ein solcher Anbau wäre von vornherein als Provisorium kenntlich, während die jetzigen Pläne den Knobelsdorffschen Bau einfach verflachen würden. Ludwig Hoffmann betonte die Notwendigkeit, das alte Opernhaus als Konzert- und Repräsentationsraum zu erhalten.

Die Eröffnung des Mannheimer Schloßmuseums. Das frühere großherzogliche Schloß in Mannheim, eines der größten Barockschlößer, die ehemalige Residenz der prachliebenden Kurfürsten von der Pfalz, das u. a. Lebenswerte Brunkgemächer aus der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts ausweist, dient jezt in seinen Haupträumen zur Unterbringung der großen kulturgeschichtlichen und kunstgemach-

lichen Sammlungen der Stadt Mannheim. Die feierliche Eröffnung dieses mehr als 50 Räume umfassenden Schloßmuseums und zugleich seine Uebernahme durch die Stadt fand am 15. Mai statt. In den Hauptetagen wird durch Möbel, Kostüme, Bilder und eine Fülle von wertvollen Porzellanen und Japanen die Blütezeit der Barock- und Rokokozeit wieder lebendig gemacht, als Mannheim nicht nur die Hauptstadt der Pfalz, sondern auch eine der wichtigsten Kunststätten Europas war.

Die erste Ueberpflanzung der Bauchspeicheldrüse. Das Pankreas oder die Bauchspeicheldrüse, deren Säfte für die Verdauung und den ganzen Stoffwechsel äußerst wichtig sind und die in neuester Zeit besonders durch die Verwendung des von ihr herorgebrachten Insulins gegen die Zuckerkrankheit viel genannt wird, war bisher noch nie von einem Organismus auf den anderen überpflanzt worden. Nunmehr ist, wie in der „Umshou“ berichtet wird, den amerikanischen Ärzten Joz und Ferrell zum erstenmal die Ueberpflanzung eines Stückes des Pankreas in die Brustdrüsen einer Hündin mit Erfolg gelungen. Die Sekretion des überpflanzten Stückes war ganz so, als befände es sich an seiner normalen Stelle, und Insulin wurde in einer solchen Menge abgesondert, daß es zur Verhinderung des Auftretens von Zuckerkrankheit genügte. Bevor die Ueberpflanzung von Teilen der Bauchspeicheldrüse beim Menschen zur Heilung der Zuckerkrankheit vorgenommen werden kann, müssen freilich noch eingehende Versuche gemacht werden.

Der Nordpol russisch? Die Sowjetregierung hat sich beeilt, das Eigentumsrecht am Nordpol durch ein Gesetz festzulegen. In der „Sowestia“, der amtlichen russischen Zeitung, wird ein Gesetz veröffentlicht, demzufolge die Sowjetregierung alle festen Ländereien und alle Meere des Nordlichen Eismeres von der russischen Küste bis an den Nordpol für ein Gebiet der Sowjetunion erklärt. Unter dieses Gesetz fallen alle Länder und Inseln, die bereits bekannt sind und solche, die noch etwa entdeckt werden sollten. Die „Sowestia“ führt in einer offiziellen Erklärung dazu an, daß eine derartige gesetzliche Annetierung von bisher freizehenden Ländern nichts Neues im Völkerrecht wäre, da auch England bereits früher ein ähnliches Gesetz über die Ländereien in der Antarktis erlassen hat.

Bühnenkonzert. Herr Schott ist an Blinddarmentzündung erkrankt und in Wien operiert. Den Hans Sachs in der „Reißerlinger“ Aufführung am 22.ingt Michael Söhnen, der damit seine bis in den Dezember währende Verpflichtung an der Staatsoper antritt.

Das älteste Orchester der Welt. In diesem Jahre feiert das königliche Orchester in Stockholm sein vierhundertjähriges Bestehen. Es wurde unter der Herrschaft des Königs Gustav Wasa gegründet, der in Schweden die Reformation einführte, und fand seitdem unter dem Patronat der schwedischen Könige.

Der Kampf gegen die Cepren. Aus dem Jahresbericht der englischen Militionsgesellschaft für Leprosen, die seit dem Jahre 1874 besteht, ist zu entnehmen, daß während ihrer Tätigkeit 8000 Leprosen ganz oder teilweise aus dem Mittel dieser Gesellschaft unterstellt worden sind. Zurzeit werden etwa 700 leprafranke Kinder in besonderen Heimen unterrichtet. Eine von der Gesellschaft angestellte Untersuchung hat ergeben, daß ein weiterer Ausbau der Kasse, besonders in Afrika, dringend notwendig ist.

## Pilsudski kandidiert nicht.

Die polnische Präsidentenwahl.

Warschau, 18. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Das polnisch-sozialistische Zentralorgan „Robotnik“ hatte heute morgen die Meldung gebracht, daß der Senatsmarschall Trompczynski, der zu Verhandlungen mit den Oppositionsführern nach Posen gereist ist, sich dort den Gegnern Pilsudskis angeschlossen habe. Daraus erhielt der „Robotnik“ am Nachmittag ein Telegramm, das von Trompczynskis Sekretär unterzeichnet ist und diese Meldung ausdrücklich dementiert. Man kann auch glauben, daß Trompczynski in durchaus ehrlicher Absicht zu vermitteln sucht. Die Posener beabsichtigen nicht einen militärischen Kampf gegen Warschau, in dessen Fall es doch einige Zeit dauern, bis wirklicher Friede hergestellt ist.

Die Nationalversammlung zur Neuwahl des Staatspräsidenten muß nach der Verfassung binnen 14 Tagen nach dem Tod oder der Abdankung des Präsidenten zusammentreten. Dies dürfte auch der Fall sein. Pilsudski selbst kandidiert nicht. Die linken Parteien wollen dahin arbeiten, daß die Nationalversammlung eine Persönlichkeitswahl, die allen Parteien genehm ist, zum Präsidenten wählt, daß er jedoch nach der Neuwahl des Parlaments zurücktritt. Von der Neuwahl des Sejm erwarten die Sozialisten und die ihnen nahestehenden Parteien eine starke und entschiedene Linksmehrheit, so daß dann auch ein links-stehender Staatspräsident gewählt werden würde.

Das Parlament dürfte seine Arbeiten gleich nach der jetzt bevorstehenden Präsidentenwahl wieder aufnehmen. Die Sozialisten sind fest entschlossen, im jetzigen Sejm keine andere Frage mehr als die seiner Selbstauflösung beraten zu lassen. Sollte die Rechte den Versuch machen, irgendwelche anderen Fragen vorzuschleppen, so wäre mit der heftigsten Obstruktion der Sozialisten zu rechnen.

Der frühere Kriegsminister, General Sojakowski, ein Freund Pilsudskis, der vorige Woche in Posen einen Selbstmordversuch gemacht hat, da man ihm befehlen wollte, gegen Pilsudski zu marschieren, ist bereits außer Gefahr und auf dem Wege der Genesung.

## Vertagung des Volksbundprozesses.

Lattowit, 18. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Heute begann hier der Spionageprozess gegen den Schulbezüger des Deutschen Volksbundes für Ostoberschlesien, Schürat Dudek. Da von den zwei polnischen Offizieren, die als Sachverständige (Ses: Anklagenverstärker) geladen sind, der eine fehlt, der andere erklärte, noch heute abend in Warschau zurück sein zu müssen, so wurde die Verhandlung sogleich auf unbestimmte Zeit vertagt. Bei dem für morgen festgesetzten Prozess gegen die übrigen elf Angeklagten ist mit Sicherheit dieselbe Entwicklung zu erwarten. Es ist durchaus möglich, daß die Vertagung erfolgt ist, weil das Gericht meint, daß es unter den obwaltenden politischen Verhältnissen besser sei, nicht zu verhandeln. Wenn die Regierung Bartel-Pilsudski wirklich die Kinderheitswörter mit dem Staat veröhnen will, müßte sie diesen ganzen Prozess niederschlagen.

## Europa und die Welt.

### Coudenhove-Calergi über die paneuropäische Bewegung.

Coudenhove-Calergi, der Führer der paneuropäischen Bewegung, sprach gestern im Plenarversammlungssaal des Reichswirtschaftsrats über „Europa und die Welt“. Er verglich das Schicksal des modernen Europa mit dem des alten Hellas. Europa stehe heute zwischen dem kapitalistischen Kollektivismus Amerikas und dem kommunistischen Rußlands. Es ist das Land des Individualismus. Und auch der europäische Sozialismus, der die Befreiung der Arbeiterschaft von wirtschaftlicher Unterdrückung anstrebt und daher dem Klassentampfgedanken huldigt, führt im Grunde einen Kampf um die Befreiung der Persönlichkeit. Aus dem Individualismus Europas ist seine Selbstzerstörung geboren, und gerade Europas Geschichte zeige, daß Freiheit ohne innere Verantwortung Selbstmord ist. Der aus dem Individualismus entstandene Kampfgeist ist Europas Schicksal geworden. Der letzte Krieg war nur die Folge einer jahrtausendelangen Entwicklung.

Nun ist die Welt verändert. Europa muß sich dieser veränderten Weltlage anpassen oder zugrundegehen. Durch Jahrtausende hindurch konnte Europa sich seinen inneren Kämpfen hingeben, ohne ernstlich bedroht zu werden. Heute ist Europa vom Westen wie vom Osten bedroht. Weltpolitik ist nicht mehr europäische Politik. Weltgeschichte nicht mehr europäische Geschichte. Heute schon ist Amerika mächtiger als Europa, morgen wird es Asien sein. Die Geschichte drängt Europa zum Zusammenschluß oder Untergang. Sich einigen heißt, sich retten.

Diese Erkenntnis ist die Ursache des paneuropäischen Gedankens, der sich innerhalb dreier Jahre zu einem anerkannten politischen Problem entwickelt hat. Zahlreiche einflussreiche europäische Politiker haben sich bereits öffentlich für den Gedanken Paneuropas ausgesprochen. Heute stehen Millionen hinter dieser Bewegung, so daß bereits vom 4. bis 9. Oktober d. J. die erste Generalversammlung der Paneuropäischen Union stattfinden kann. Es ist zu erwarten, daß sich das Tempo der paneuropäischen Entwicklung steigern wird. Ohne ein einiges Europa gibt es kein Gleichgewicht in der Welt, und ohne Gleichgewicht in der Welt gibt es keine Freiheit für Europa. Für Paneuropa sind Autonomie und Föderation zu fordern. Innerpolitisch Autonomie, außenpolitisch Föderation. Jeder Versuch, Europa zentralistisch aufzubauen, müßte an der Macht des Individualismus scheitern. Eine europäische Kultur ist nur denkbar in der nationalen Gliederung. Ein Kampf gegen den nationalen Gedanken wird ein Kampf gegen die Idee Paneuropas. Wer sein Volk wahrhaft liebt, muß auch Europa lieben. Paneuropa wird niemand seines Vaterlandes berauben. Aber es ist das Ziel Paneuropas, die Grenzen bedeutungslos und unsichtbar zu machen. Dann erst werden die europäischen Nationen sich finden. Einigkeit, Freiheit und Liebe sollen das Ideal des neuen Europa sein. Alle, die sich als wahre Europäer fühlen, haben die heilige Verpflichtung, ihre ganze Persönlichkeit für diese große Sache einzusetzen. Denn Europa ist das verlorenen Paradies, ist der schönste Teil dieser Erde. Kein Land hat mehr an großen Geistern gezeugt als Europa. Werben wir mit ganzer Seele für unser nördliches Paradies, dann wird Europa aus der Katastrophe der Welt erneut und verjüngt hervorgehen.

Am Anschluß an diesen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag behandelte der Redner dann noch praktische Wege zu Paneuropa. Er sieht die Möglichkeit, daß auf der Basis der Locarno-Verträge eine weitere Einigung zustandekommen könne. Eine weitere Möglichkeit wäre die, daß sich die Vertreter der europäischen Regierungen oder Parlamente in gewissen Zeitabständen zu unverbindlichen Aussprachen über europäische Probleme träfen. Und endlich bestünde die Möglichkeit, daß der Völkerbund seinen Zentralismus aufbebe und sich in Sektionen aufbaue, die ihre inneren Angelegenheiten autonom regeln. Diesem vom Zentralismus befreiten Völkerbund könnten dann nicht nur Europa, sondern auch Amerika und Sowjetrußland als selbständige Sektionen angehören. Dieser Weg über den Völkerbund wäre die natürlichste Entwicklung zu Pan-

# Eröffnung der Abrüstungskonferenz.

Reden von Cecil und Bernstorff.

Genf, 18. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die am Dienstag eröffnete vorbereitende Abrüstungskonferenz wählte zu ihrem Vorsitzenden den holländischen Delegierten Loubon und zu stellvertretenden Vorsitzenden die Vertreter Spaniens und Uruguays. Lord Robert Cecil hatte Paul Boncour zum Vorsitzenden vorgeschlagen, dieser lehnte jedoch ab mit der Erklärung, daß Frankreich auf dieser Konferenz besonders wichtige Interessen zu vertreten habe, so daß es angebracht scheine, einen Vertreter eines kleinen neutralen Landes mit dem Vorsitz zu betrauen. Die beiden stellvertretenden Vorsitzenden werden gleichzeitig den Vorsitz in den beiden Ausschüssen, dem militärischen und dem gemischten Ausschuss, führen.

Am Nachmittag sprach in öffentlicher Sitzung als erster

Lord Robert Cecil,

der hervorhob, daß das Landheer Englands nur kolonialen Polizeiaufgaben diene. Darüber hinaus gab er die Erklärung ab, daß England bereit sei, seine Flotte im Verhältnis zu den anderen Staaten abzurufen, wobei vor allem auch an eine Verminderung der Unterseeboote und eine Beschränkung in der Größe der Schlachtschiffe und ebenso bei der Luftwaffe gedacht werden könne. Die Probleme der Sicherheit und der Abrüstung ließen parallel und mühten gemeinsam gefördert werden. Mit Nachdruck betonte Lord Robert Cecil, daß auch die Abrüstung eine Form der Sicherheit darstelle. Abrüstung sei keine Illusion, sie könne verwirklicht werden, wenn überall der gute Wille vorhanden ist.

Zweiter Redner war der deutsche Delegierte

Graf Bernstorff,

dessen französisch abgegebene Erklärung ebenso wie die des englischen und des darauf zu Wort kommenden amerikanischen Delegierten mit gespannter Aufmerksamkeit ausgenommen wurde.

Die Rede des deutschen Hauptdelegierten hatte folgenden Wortlaut:

„Die Regierung und die öffentliche Meinung Deutschlands haben mit viel Interesse und Sympathie alle Versuche des Völkerbundes zur Herabsetzung und Beschränkung der Rüstungen verfolgt. Wenn diese Versuche bis jetzt noch keinen Erfolg gehabt haben, so hoffen wir, daß diese Konferenz eine neue Ära einleiten wird, in der kein Wettstreit mehr stattfindet, sondern lediglich ein friedlicher Wettkampf der Völker auf kulturellem Gebiet.“

Das allgemeine Interesse, das man in Deutschland der Abrüstungsfrage entgegenbringt, hat politische, militärische und wirtschaftliche Gründe. Aus sittlichen Gründen muß für die Zukunft die Vermeidung eines neuen Krieges angestrebt werden. Ebenso fordert dies die Politik, weil die Geschichte uns lehrt, daß übertriebene Rüstungen immer zum Kriege führen, und hinsichtlich der wirtschaftlichen Lage wird niemand bezweifeln, daß die durch den letzten Krieg verarmte Welt auf die Dauer keine schweren Rüstungen tragen kann. Geben schon diese allgemeinen Gründe genug Anlaß zu der Hoffnung, daß diese Konferenz zur Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen führen wird, so bringt Deutschland dieser Frage ein ganz besonderes Interesse entgegen. In der Präambel des Teils 3 des Vertrages von Versailles geht dem die Abrüstung betreffenden Kapitel eine Erklärung voraus, daß diese Maßnahme zur Ermöglichung einer allgemeinen Abrüstung getroffen wird, und bekanntlich haben am 16. Juni 1919 die Vertreter Deutschlands und der alliierten Mächte einen Schriftwechsel geführt, aus welchem in durchaus klarer Weise hervorgeht, daß

die Abrüstung Deutschlands das Vorbild zu einer planmäßigen allgemeinen Abrüstung durch den Völkerbund

sein sollte, die übrigens ausdrücklich durch das Protokoll von Locarno vorgesehen ist. Auf Grund der erwähnten Vereinbarungen hat das deutsche Volk vollkommen abgerüstet, und seine Streitkräfte reichen zur Garantie seiner nationalen Sicherheit im Sinne des Artikels 8 des Völkerbundespaktes nicht mehr aus, eine Bestimmung, die andererseits alle Mitglieder des Bundes zur Abrüstung verpflichtet. Unser Ziel wird erreicht werden können bei der Betätigung des guten Willens seitens aller der Regierungen, welche die Formel zu finden haben werden, die die Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen ermöglichen soll. Dieses Ziel wird nach unserer Ansicht um so leichter zu erreichen sein, je mehr wir die Zahl der zu behandelnden Fragen begrenzen. Der uns vorgelegte Fragebogen behandelt viele sehr interessante Fragen, die aber nicht alle für die Lösung des großen Problems unbedingt erforderlich sind. In allen Erörterungen des Völkerbundes spielen „Sicherheit, Schieds-

gerichtsbarkeit und Abrüstung“ eine große gemeinsame Rolle. Da nun „Sicherheit und Schiedsgerichtsbarkeit“ durch den Vertrag von Locarno wesentlich gefördert sind, ist jetzt der Zeitpunkt zur Erreichung einer allgemeinen Abrüstung gekommen.

Wie die Initiative der deutschen Regierung, die zu dem Abkommen von Locarno geführt hat, zeigt, ist unsere Außenpolitik, wie ich erneut feststellen möchte,

vollständig von dem Vertrage und dem Geiste von Locarno getragen. In dem gleichen Geiste müssen wir an die Abrüstungsfrage herangehen, die wichtigste Frage, die der Völkerbund jemals zu lösen haben wird. Ohne Abrüstung wird der Völkerbund niemals erfolgreich arbeiten können. Solange es auf der einen Seite übermäßig gerüstete Völker gibt und wieder andere, deren Rüstungen nicht einmal für ihre eigene Sicherheit ausreichen, wird die Durchführung der Völkerbundsaktion erheblichen Schwierigkeiten begegnen. Deutschland, das seine Verpflichtung zur Abrüstung so vollständig erfüllt hat, darf mit gutem Recht erwarten, daß die anderen Nationen ihm auf diesem Wege folgen werden, woraus sich für Europa, für die ganze Welt ein Zustand dauernder Befriedung und gegenseitigen Vertrauens ergeben wird.“

Der amerikanische Gesandte

Gibson

gab die Erklärung ab, daß die amerikanische Delegation an den der Konferenz gestellten Aufgaben aufrichtig mitarbeiten werde, in der Überzeugung, daß bei dem nötigen Verständigungswillen auch ein guter Erfolg zu erwarten sei. Er vertrat dann den Standpunkt, daß man mit der Abrüstung zunächst weiterkommen werde mit regionalen Abrüstungsabkommen, als wenn man für die gesamte Welt gültige Beschlüsse fasse. Die Vereinigten Staaten selbst seien in bezug auf ihr Landheer besonders günstig dran; zur Ergänzung des Washingtoner Flottenabrüstungsabkommens sei die Washingtoner Regierung jederzeit bereit. Das schwierigste Hindernis bildeten das Mißtrauen und die Verdächtigung von Land zu Land.

Somit war die allgemeine Aussprache beendet. An der anschließenden Erörterung über die Möglichkeit der Abrüstung im einzelnen beteiligten sich Lord Robert Cecil, Paul Boncour, General de Marini, de Brouckere u. a.

## Brasilien lenkt ein.

Das letzte Hindernis gegen Deutschlands Aufnahme beseitigt.

Das Ergebnis der nunmehr beendeten Tagung der Studienkommission für die Reorganisation des Völkerbundes scheint um so günstiger zu sein, als nicht nur eine volle Einigkeit zwischen allen europäischen Mächten erzielt wurde, sondern auch der brasilianische Delegierte Montarrogos in der Schlussfassung eine Erklärung abgegeben hat, die nicht anders aufgefaßt werden kann als eine Abkehr vom intransigenten Standpunkt, den Melo-Franco im März eingenommen hatte.

In dieser Erklärung hat der brasilianische Vertreter seine Befriedigung darüber ausgedrückt, daß der Völkerbund durch die Haltung Brasiliens im März dazu veranlaßt wurde, diesen Fragenkomplex einer neuen grundsätzlichen Prüfung zu unterziehen. Brasilien werde nun die Interessen des Bundes seinen eigenen voranstellen und sei bereit, dem Völkerbund keine weiteren Schwierigkeiten zu bereiten. Es habe den dringenden Wunsch gehabt, daß Deutschland in den Bund eintrete.

In einem persönlichen Besuch bei dem deutschen Delegierten, Botschafter v. Hoersch, vor dessen Rückkehr nach Berlin, hat Montarrogos diese Erklärung erläutert und bekräftigt.

## Eine europäische Heeresstatistik.

Paris, 18. Mai. (T.L.) Nach einer soeben veröffentlichten Statistik des Völkerbundssekretärs ist das Stärkeverhältnis der europäischen Armeen folgendes: Europa hat alles in allem 2 623 000 Mann unter den Waffen, während es 1913 4 166 000 Mann hatte. Deutschland hat auf Grund der Bestimmungen des Versailleser Vertrages die größten Einschränkungen vorgenommen (95 000 Mann statt 815 000), Rußland 562 000 statt 1 200 000, Frankreich 641 000 statt 873 000, Italien 230 000 statt 275 000. Die „Information“ stellt an Hand der Statistik fest, daß nur Großbritannien und die Vereinigten Staaten ihre Waffenbestände vermehrt haben.

europä. Im übrigen ist Paneuropa keine endgültige Lösung, sondern ein Provisorium, das sich mit der Lage der Welt ständig verändern muß.

## Die Ehre des Kupfpriesters.

Münchmeyer als „falscher Priester“ erwiesen.

Emden, 18. Mai. (W.T.B.) Heute abend fällt das große Schöffengericht im Vorkürmer Beleidigungsprozess folgendes Urteil: Wegen formaler Beleidigung des Pastors Münchmeyer wurden die Angeklagten Dr. Bölllein zu 100 M., Dr. Charig zu 100 M. und Pels zu 20 M. verurteilt. Vom Gericht wurde der Beweis als erbracht angesehen, daß Pastor Münchmeyer ein „falscher Priester“ ist. Nicht als erwiesen angesehen wurden die Vorwürfe gegen das Landeskirchenamt, und demzufolge wurden für diesen Fall der Beleidigung verurteilt Dr. Bölllein zu 1000 M., Dr. Charig zu 1500 M. und Pels zu 100 M. Geldstrafe. Den Angeklagten wurde im ersten Falle der Schutz des § 193 zugebilligt, im zweiten Fall verweigert. (Der Staatsanwalt hatte gegen Dr. Bölllein eine Gefängnisstrafe von drei Monaten wegen Beleidigung des Landeskirchenamtes und 500 M. wegen Beleidigung des Pastors beantragt, trotzdem auch er den Wahrheitsbeweis als voll erbracht ansah.)

## Zeuge Bethlen.

Im Frankenfälscherprozess.

Budapest, 18. Mai. (E.P.) In einer der letzten Sitzungen des Frankenfälscherprozesses hatte der ehemalige „christliche“ Ministerpräsident Stephan Friedrich den jetzigen kabinetschef Bethlen sehr schwer befallen und ihm unter anderem nachgesagt, daß er den Fälscherhauptlingen einen Freibrief ausgehändigt habe. Heute wurde nun der von Friedrich genannte Abg. Hirs im Rechtsratpalast vernommen, wo er krank liegt. Er gehört zu den Rechtsradikalen und war am hurgensländischen Bändenkrieg gegen Deutsch-Österreich 1921 führend beteiligt. Abg. Markgraf Pallavicini hatte gestern als Zeuge ausgesagt, daß Hirs der Verbindungsman zwischen Winkischgräß und dem Ministerpräsidenten gewesen sei, mit dem Bethlen im August 1923 die ganze Frankenfälscheraktion in einem Orte am Plattensee ein-

gehend besprochen habe. Hirs gab an, er habe im Frühjahr 1923 zum erstenmal von der Aktion erfahren. Im August desselben Jahres habe er im Auftrage von Prinz Windischgräß und Professor Messaros den Ministerpräsidenten um einen Brief gebeten, worin dieser mitteilte, daß er gestatte, dasjenige auszuführen, was Hirs im Interesse der irredentistischen Ziele vorgeschlagen hatte. Diesen Brief erhielt Hirs einige Tage später. Es hieß darin, daß der

Ministerpräsident gestatte, daß Hirs für die irredentistischen Ziele das Erwähnte ausfertigen könne.

Auf die Frage des Vorsitzenden, was das sei, erwiderte Hirs: „Der Frankenfälscher“ Den Umschlag des Briefes habe der Zeuge noch im Besitz, der Brief selbst sei bei Windischgräß. Hirs erklärte weiter, Windischgräß habe von Bethlen die Zusage erhalten, daß der Ministerpräsident eine Milliarde zur Sicherung der materiellen Vorbedingungen der Fälschungssaktion bereitstellen würde. Eine Kopie des fraglichen Briefes des Ministerpräsidenten besitze er noch; er weigerte sich indessen anzugeben, wo sie sich befinde.

## Bethlen leugnet unter Eid.

Budapest, 18. Mai. (W.T.B.) Im Zusammenhang mit dem Frankenfälscherprozess hat Ministerpräsident Graf Bethlen heute nachmittag in einstündiger Zeugenansage, auf die er verurteilt wurde, angegeben: Ich hatte von den Frankenfälschungen keine Kenntnis, es hat niemals auch nur einen Augenblick gegeben, wo ich die Frankenfälschungen gedeckt oder sie mir auch nur in verschleielter Form zu eigen gemacht hätte. Graf Bethlen legte Akten vor, aus denen hervorgeht, daß er nicht nur die Mittel, sondern auch die Ziele des Prinzen Windischgräß verurteilt habe. Er entkräftete (!) ferner die Angaben Hirs, mit dem er wohl im August 1923 einen Tag lang am Plattensee gewesen sei, jedoch nur zur Befichtigung eines anzusehenden Gutes, wobei Hirs als Vermittler wirkte. Einen Freibrief habe Bethlen niemals ausgehändigt.

Der Druckfehlerheft für Schwarzweilgröf! Er hat es fertig gebracht, den Genossen Saenger in unserem gestrigen Abendblatt ein Lob der tschechischen Farben singen zu lassen! Die Druckerei blüht den Genossen Saenger und die Leser des „Vorwärts“ um Entschuldigung.



Die Berliner Feriensonderzüge.

Die Reichsbahndirektion Berlin gibt nunmehr die endgültig festgelegten Verkehrstage und Abfahrtszeiten der Feriensonderzüge und die aufgelegten Fahrkarten bekannt.

Ostsee.

Nach Kolberg/Misdroy: von Charlottenburg am 2., 4., 5. und 6. Juli, vom Stettiner Bahnhof am 7. Juli und 14. August.

Nach Swinemünde: ab Charlottenburg am 2., 4., 5. und 6. Juli, vom Stettiner Bahnhof am 7. Juli, 14. August.

Nach Sahn/Putbus: ab Charlottenburg am 3. Juli, vom Stettiner Bahnhof am 4. und 5. Juli.

Nach Warnemünde: am 2. Juli um 2,40 nachmittags, am 5. Juli um 10,54 vormittags.

Nach Stettin: am 5. Juli ab Stettiner Bahnhof 7,25 vormittags.

Nach Stolp: am 3. Juli, Abfahrt Stettiner Bahnhof 10,32 vormittags.

Nordsee.

Nach Hamburg/Hoyerstraße: am 3., 4. und 5. Juli, Abfahrt ab Behrier Bahnhof 7,05 vormittags.

Nach Bremen/Emden Außenhafen: am 3. und 6. Juli, Abfahrt Behrier Bahnhof um 11,10 abends.

Süddeutschland.

Nach Oberbayern: am 12., 19., 26. und 27. Juni, 2., 3., 4., 5., 6., 7., 10., 14., 17. und 31. Juli, 1., 14. und 15. August.

Nach Württemberg: am 3., 6., 12., 15. und 22. Juli, Abfahrt Berlin Anhalter Bahnhof 4,10 nachmittags.

Nach Baden und dem Bodensee: am 12. Juni, 2., 10., 11., 17. und 31. Juli.

Harz.

Nach dem Nordharz (Goslar, Thale): am 2., 3. und 10. Juli, 7. August.

13,40 M., Quedlinburg oder Thale 15,20 M., nach Blankenburg 15,30 M., nach Eibingerode oder Rübeland, nach Lonne, nach Wernigerode oder Ilseburg 15,60 M., nach Bad Harzburg oder Goslar 17,20 M., nach Schierke oder Glend 17,50 M., nach Bennedenstein oder Sorge und nach Braunlage 19,80 M.

Nach dem Südharz (Seesen/Quedlinburg): am 3. und 4. Juli, Abfahrt ab Potsdamer Bahnhof um 7,35 vormittags.

Nach Bad Harzburg: am 2. Juli, Abfahrt ab Potsdamer Bahnhof 11,55 vormittags.

Riesengebirge und Glaser Gebirge.

Nach Oberschreiberhau/Krummhübel: am 12. Juni, 2., 3., 4., 5. und 14. Juli, 14. August.

Nach dem Glaser Gebirge: nach Glaz am 4. Juli, Abfahrt Friedrichstraße 8,26 vormittags.

Ostpreußen.

Nach Insterburg über Marienburg: am 26. und 27. Juni, 1., 3., 4., 5., 7., 10., 11. und 31. Juli, 7. August.

Nach Insterburg über Deutsch-Eylau: am 2., 6. und 8. Juli, 8. August.

Rheinlande.

Nach Köln: am 2. Juli und 14. August, Abfahrt des Sonderzuges am 2. Juli vom Potsdamer Bahnhof um 7,00 nachmittags.

Sächsische Schweiz.

Nach Bad Schandau: am 3. und 10. Juli, Abfahrt Anhalter Bahnhof um 11,22 vormittags.

Yamile unter den Zedern.

57]

Von Henri Bordeaux.

(Berechtigter Uebersetzung von J. Kunde.)

Ich war bereits im Hofe; wie geblendet von der Sonne, die am Himmel nur zu schnell emporstieg.

Ich beschleunigte meinen Lauf so, daß ich fast zusammenbrach und rannte gegen einen Felsblock.

Zweifel hatte sie die Doppelst der Nacht überanstrengt, so daß sie bei diesem letzten Gewalttritt zum Ort der Hinrichtung zusammenbrach.

Zum erstenmal, seit Yamile mich verlassen, um ihrem Ende entgegenzugehen, fühlte ich mich befreit von Entsetzen und Qual.

Ich hatte den Grat der Feldklippe erreicht. Sie entsinnen sich, daß der Weg dann an Steile verliert.

Und ich stürzte wieder vorwärts, auf die Gefahr hin, wie Tadmur zusammenzubrechen.

Ich den Triumph unserer Feinde ersahnte. Ich war ohne Zweifel den Hentern Yamiles begegnet.

Am Waldsaum erblickte ich, wie ich unter das Dach der Zedern trat, den Butros.

„Schweig! Wo ist sie?“ „Drüben am Zedernbaum. Geh nicht hin.“

Er wollte mich fortziehen. Ich konnte seine Berührung nicht ertragen und stieß ihn zurück.

Ich durchquerte die düsteren Gänge der Riesenhäuser hier und da lag noch vom Winter der Schnee.

(Fortsetzung folgt.)

## Thüringen.

Nach Schwarzburg: am 3. Juli Anhalter Bahnhof ab 6,42 vormittags. Fahrarten 3. Klasse werden ausgegeben nach Weichenfels 12,90 M., nach Raumburg, nach Bad Kösen oder Bad Sulza 14,80 M., nach Rudolstadt, nach Saalfeld oder Bad Blankenburg und nach Schwarzburg 20,40 M.

Nach Eisenach: am 4., 5. und 10. Juli. Anhalter Bahnhof ab 6,42 vormittags. Fahrarten 3. Klasse werden ausgegeben nach Weichenfels, Raumburg, Bad Kösen oder Bad Sulza, Weimar 16,60 M., Ilmenau oder Oberhof 21,80 M., Gotha, Friedrichroda oder Reinhardsbrunn 21,80 M. und Eisenach 21,80 M.

### Allgemeine Bedingungen:

Es werden nur Ferien-Sonderzug-Rückfahrkarten mit einer Geltungsdauer von 2 Monaten, den Abfahrts-tag eingerechnet, ausgegeben. Die Karten berechnen sich nur zur Benutzung des auf der Fahrkarte genannten Sonderzuges, zur Rückfahrt für alle fahrplanmäßigen Eil- und Personenzüge. Bei Benutzung von Schnellzügen ist der tarifmäßige Zuschlag zu zahlen. Die Rückfahrt kann in diesem Jahre in geeigneten Verbindungen, die festgelegt worden sind, dreimal unterbrochen werden. Diese Fahrkarten werden in größerer Form (Zeitarform) gedruckt und tragen am Rande 3 Federn für die 3 Unterbrechungen. Abteile können in diesem Jahre schon bei Bestellung von sieben Fahrkarten 3. Klasse oder sechs Fahrkarten 2. Klasse auf den Namen eines Reisenden auf Wunsch freigegeben werden. Eine besondere Gebühr wird dafür nicht erhoben. Das im vorigen Jahre versuchsweise eingeführte schriftliche Bestellverfahren wird beibehalten und insofern erweitert, als der Besteller eine dem Antrage beigegebene Bestellkarte schon mit seiner Anschrift versehen und frankieren muß. Die Bestellformulare werden von einem noch bekanntzugebenden Tage an bei sämtlichen Fahrkartenausgaben vorgehalten und kostenlos abgegeben werden. Die Anträge auf Vormerkung (Bestellformulare) für die im Juni verkehrenden Sonderzüge werden voraussichtlich vom 26. Mai an, für die im Juli verkehrenden Sonderzüge vom 10. Juni an, für die im August verkehrenden Sonderzüge vom 12. Juli an entgegen genommen werden. Die Besteller erhalten umgehend Bescheid, ob ihren Anträgen entsprochen werden konnte oder nicht. Es wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Bestellungen vor dem angegebenen Termin nicht angenommen werden und trotzdem eingehende Bestellungen unbeantwortet und unberücksichtigt bleiben müssen.

Es werden auch in diesem Jahre Uebersichtsheften mit familiären Angaben über die von Berlin verkehrenden Ferien-Sonderzüge herausgegeben und bei den Fahrkartenausgaben der Fernbahnhöfe für 20 Pfennig abgegeben.

Die Vermehrung der in diesem Jahre fahrenden Sonderzüge ist sehr zu begrüßen. Außerordentlich gut hat dabei Bayern abgeschnitten, werden doch dorthin nicht weniger als 17 Sonderzüge geleitet. Man sollte aber auch Oesterreich nicht vergessen. Wie man für den Zug am 3. Juli Fahrarten nach Regensburg und Passau aufgelegt hat, sollte man auch für andere Züge derartige Karten auslegen, die in Passau den Uebergang auf das Dampfschiff ermöglichen, mit dem der Reisende die einzigartige Donaufahrt bis Wien antreten kann. Die Fahrarten bis Regensburg hingegen würden den Uebergang zum oberpfälzischen Bergland und weiter zum Böhmerwald ermöglichen; zu dem letzteren übrigens auch von Passau. Der Berliner Reichsbahndirektion sei dringend empfohlen, dies nachzuholen. Besonders wirkt es, daß nach der sächsischen Schweiz überhaupt nur ein einziger, nach dem sächsischen Erzgebirge überhaupt kein Sonderzug fährt. Auch das Rheinland ist auffällig gering bedacht. In das prächtige Weserbergland fährt gleichfalls kein Sonderzug. Hingegen genießt Ostpreußen als einziges den Vorzug einer Fahrpreisermäßigung von 50 Proz.

## Furcht vor der Konsumgenossenschaft.

### Eine Niederlage ihrer Gegner im Stadtparlament.

In der gestern abgehaltenen Stadtorordnetenversammlung stellen die Kommunisten zwei Dringlichkeitsanträge. Die Waffensunde bei den städtischen Güterbeamten in Großherren aus Anlaß der Aufhebung der rechtsradikalen Putschabsichten sollten nach dem ersten Antrag dem Magistrat Gelegenheit geben, eingehende Nachforschungen anzustellen. Weiter verlangten die Antragsteller, daß die Bauunternehmer beim Bau des Großtrafwerkes in Kummelsburg vom Magistrat endlich verpflichtet werden, tarifliche Löhne an die Eisenkonstruktionsarbeiter zu zahlen, damit der Streit dieser Arbeitergruppe beendet werden kann und die anderen Bauarbeiter nicht noch mehr behindert werden. Beiden Anträgen wurde die Dringlichkeit versagt. — Die Versammlung stimmte einem Beschluß des Haushaltsausschusses ohne Debatte zu, nach dem

11 Millionen Mark für Zahnhypotheken zum Wohnhausbau freigegeben werden sollen. — Die Wirtschaftspartei erhob Beschwerde darüber, daß ein Schöneberger Lehrer den Schülern die

### Konsumgenossenschaft

als Einkaufsquelle empfohlen habe. Der Lehrer soll sogar das Verbrechen begangen haben, mit seinen Kindern die Anlagen der Genossenschaft zu besichtigen. Dem Redner der Wirtschaftspartei blieb es vorbehalten, eine neue kommunale Beamtenkategorie zu schaffen, nämlich die Stelle eines händlerischen städtischen Schulrats. (Gelächter links.) So bezeichnete er den Kaufmännischen Stadtschulrat, Genossen Dr. Löwenstein. Gleichzeitig mit der Anfrage wird ein Antrag der Wirtschaftspartei verhandelt, der verlangt, daß den Lehrpersonen der Verkauf von Büchern und Schulartikeln in der Schule verboten wird, daß die Lehrpersonen angewiesen werden, sich der Empfehlung bestimmter Firmen zu enthalten und daß die Beschaffung von Büchern und Schulartikeln für arme Kinder in den ortsanfängigen Spezialgeschäften vorgenommen wird. In der langen Aussprache erklärte sich Genosse Kreuziger namens unserer Fraktion gegen den Antrag, da gar kein Anlaß vorliege, der irgendwelche Beschwerden rechtfertigen würde. Mit den Stimmen der Linken wurde der Antrag abgelehnt. Stadtrat Benede betonte als Magistratsvertreter, der angegriffene Lehrer habe die Konsumgenossenschaft den Schülern als soziale Selbsthilfeorganisation bezeichnet, und er habe auch auf die Beamten- und Offiziersgenossenschaften hingewiesen, die den Arbeitern diese Einrichtungen nachgemacht hätten. Eine Empfehlung der KGW sei unnötig gewesen, denn die Eltern der meisten Schüler seien längst Mitglieder. — Die Stadtorordnetenversammlung hatte im Dezember vorigen Jahres einen Ausschuss eingesetzt, der die Beschwerden prüfen sollte, die von den Anwohnern der Fredericia-, Soor- und Königin-Elisabeth-Strasse gegen den Bau eines Straßenbahnhofs erhoben wurden. Der Ausschuss konnte sich den Beschwerden nicht anschließen, hatte aber in einer Entscheidung gefordert, daß die Geräusche auf das technisch notwendige Maß beschränkt werden. Die Versammlung stimmte dem ohne Debatte zu.

Nach Erledigung einer großen Anzahl Vorlagen, die in erster und zweiter Beratung ohne Aussprache angenommen wurden, schloß Vorsitzendervertreter Degner (Komm.) die Sitzung mit besten Feiertagswünschen für die Stadtorordneten.

Eröffnung der Badeanstalten. Die städtischen Frischbadeanstalten des Bezirks Ropenitz (Ropenitz, Gartenstraße und Wendenschloß, und Friedrichshagen: Seestraße) werden am Mittwoch, den 19. Mai, eröffnet. Badezeit von 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

## Der Lühow-Prozess.

### Drei weitere Sachverständigengutachten.

Drei der gestern erwarteten Gutachten mußten am Mittwoch, den 26. Mai, verschoben werden. Dr. Rönkenmüller sprach 3 1/2 Stunden. Als bester Kenner der Aussagepsychologie von Jugendlichen in Deutschland und jahrzehntelanger Leiter von psychopathologischen Fürsorgeanstalten gab er, nach Feststellung einiger Grundsätze der Aussagepsychologie im allgemeinen und der Aussagepsychologie von Jugendlichen im speziellen, eine eingehende Analyse der Aussagen der jugendlichen Zeugen im Lühow-Prozess.

Aus seiner reichen Erfahrung heraus unterstrich er zu allererst, daß man nur mit äußerster Vorsicht Aussagen von Jugendlichen, insbesondere psychopathischer und schwachsinziger in Sittlichkeitsprozessen, werten dürfe. Gerade in diesem Fall handelte es sich aber um großen und ganzen um junge Menschen, die sich in nichts unterscheiden von den leichteren Fällen, die von Fürsorgeanstalten her kennt. Sie gehörten nur höheren sozialen Schichten an. Im übrigen waren Schwachsinzige aller Stufen vertreten. Hinzukommt noch, daß die Zeugen sich gerade im Vorpubertäts- oder im Puber-

## Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Donnerstag, den 20. Mai, abends 8 Uhr,

im Saalbau Friedrichshalm

## Internationale Kundgebung

als Auftakt für den Internationalen Jugendtag in Amsterdam.

Es sprechen Gen. Piehl-Oesterreich, Ernst Paul-Tschscholnowski, Wladimir Landau-Polen, Käthe Fröhbrodt-Berlin.

Die erwachsene Arbeiterschaft ist zu dieser Kundgebung herzlich eingeladen. — Unkostenbeitrag 20 Pfennig.

tätstadium befanden, in dem man sehr leicht zu falschen Deutungen neigt. Zieht man noch den üblichen Anfallsstich und Tratsch in Betracht, so wird es klar, daß es sich hier um Aussagen handelt, die einem anormalen Boden entspringen. Zu der Analyse der einzelnen Aussagen übergehend, stellte der Sachverständige fest, daß auf Grund der Charakteristik des größten Teils der Zeugen und des Eindrucks, den man von ihnen in der Gerichtsverhandlung erhalten hat, ihre Aussagen nicht als einwandfrei gelten können. Dies gilt in erhöhtem Maße von den beiden Belastungszeugen, dem psychopathischen Regendent — der Knieluh — und dem schwachsinzigen Waische — der Griff in n. Lühows Tasche. Das gleiche ist auch von dem Hauptbelastungszeugen Weiz zu sagen. Das anfangs für ihn günstige Bild hat sich während der Gerichtsverhandlung zu seinem Nachteil verändert. Ein schwerer Psychopath, erblich belastet, mit einer starken Sexualität behaftet, hat er sich in mannigfache Widersprüche verwickelt. Er konnte ebenso gut Opfer einer Erinnerungstäuschung sein wie auch objektive die Unwahrheit gesagt haben. Daß er bereits in der Voruntersuchung verurteilt wurde, ist als großer Fehler zu bezeichnen. Dr. Rönkenmüller erklärte, daß er als Richter sich nicht entschließen würde, auf Grund dieser Aussagen zu einer Verurteilung zugehen. Wie verdammungswürdig Lühows Prügelstrafe auch erscheinen mag, so genügt doch die Verquickung von Züchtigung und Zärtlichkeiten nicht, um ihm jegliche Mitleid zu unterschließen. Kürzer folgte sich Professor Dr. Strachmann. Er kann sich nicht entschließen, in Waisch und Bogen die Aussagen der jugendlichen Zeugen als nicht einwandfrei zu bezeichnen. Besonders die Fälle Hoffmann und Regendent erschienen ihm glaubwürdig. Desgleichen sei auch die Aussage Weiz nicht ohne weiteres unwahr zu nennen. Jedoch sei die Prüfung dieser Aussagen Sache des Gerichts. Lühows Erziehungsproblem brauche nicht unbedingt durch jegliche Empfindungen ausgelöst werden. Es müsse in den Rahmen seiner Gesamtpersönlichkeit hinein. Auch als homo-geuell könne er nicht bezeichnet werden. Sollen allerdings die ihm in den Fällen Hoffmann, Regendent, Waische und Weiz zur Last gelegten Handlungen der Wahrheit entsprechen, so wäre in der Beurteilung seiner sexuellen Persönlichkeit eine Korrektur vorzunehmen. Studentent Dr. Brecher sprach ausführlich über Lühows Erziehungsproblem und stellte sich im großen und ganzen auf den Standpunkt, daß es unter den Umständen, unter denen er zu wirken hatte, das Gegebene gewesen sei. — So erschienen die Gutachten bis zum Augenblick nicht unangenehm für den Angeklagten. Bleiben noch die Gutachten Dr. Störmer, Dr. Plokel und Dr. Emsmann.

## Der Mord in der Novallstraße aufgeklärt.

### Der Täter verübt Selbstmord.

Das Verbrechen in der Novallstraße hat jetzt seine vollständige Aufklärung gefunden. Frau Regel kannte Max Hanisch schon seit längerer Zeit. In den letzten Tagen wollte sie sich von ihm abwenden. Hanisch war nicht nur eifersüchtig, sondern er sah in seiner Freundin gleichzeitig auch die Frau, die ihn durch ihre Ansprüche dem geschäftlichen Ruin entgegengetrieben hatte. Hanisch, der schon mit 24 Jahren die Meisterprüfung ablegte, hätte sich ohne seine Leidenschaft für die Frau gut über Wasser halten können, da er in seiner Reparaturwerkstatt 15 Leute beschäftigte und guten Zuspruch hatte. Die Nordkommission hatte ermittelt, daß er auch in Hamburg Verwandte besaß. Sie verständigte die Hamburger Behörde. Am Dienstag früh begab sich Hamburger Beamte nach dem Hause Befeniststraße 85 in der Vorstadt Wandersbeck, wo der Gesuchte sich aufhalten sollte. Als sie die Wohnzimmertür betreten, fiel im Nebenzimmer ein Schuß. Sie eilten hinzu und fanden Hanisch blutüberströmt auf dem Boden liegen. Er hatte sich eine Kugel in den Kopf geschossen und verstarb auf dem Transport in das Krankenhaus.

### Das dankbare Berlin.

In den schweren Räten der Inflation in Deutschland streckten sich in Deutsch-Nordböhmen tausende Hände aus, um die unterernährten Kinder aus den reichsdeutschen Städten in Böhmen, wo damals noch „Milch und Honig floß“, unterzubringen. Tausendfach wurden innige Bande der Freundschaft zwischen der nordböhmisches Bevölkerung und Reichsdeutschland geknüpft und dabei wertvolle Aufklärungsarbeit über die Verhältnisse und Lage der Deutschen in der Tschechoslowakei geleistet. Leider war die tschechische Regierung dem menschenfreundlichen Werk nicht wohlgesinnt. Nun zeigt sich, so schreibt man uns aus Deutschböhmen, Deutschland und besonders auch Berlin dankbar. Soeben sind aus der Grenzstadt Warnsdorf auf Kosten der Stadt Berlin 15 ältere Schüler und Schülerinnen zu sechswochenlangem Aufenthalt nach Westerland auf der Insel Sylt abgehahren. Die freundschaftliche Hilfe der Stadt Berlin findet in der ganzen Bevölkerung freudige Würdigung.

### Fahrpreisermäßigung zu Pfingsten.

Die Reichsbahndirektion Berlin weist noch einmal darauf hin, daß während der Pfingsttage auf der Eisenbahn dieselben Fahrpreisermäßigungen gewährt werden wie in früheren Jahren. Die Ermäßigungen betragen auf Sonntagsrückfahrkarten 3 1/2 Proz., für Schulausflüge, Fahrten von Studierenden und Schülern zu wissenschaftlichen und beschreibenden Zwecken und Jugendpöselfahrten 50 Proz. der tarifmäßigen Preise. Die in früheren Jahren an den Pfingsttagen vorgenommenen Transporte von Stadtkindern zur Erholung aufs Land können in diesem Jahre wegen Wagenmangels nicht gewährt werden. Ausnahmen sind zulässig, wenn der Land-

ausenhalt der Kinder unbeschadet der hohen Eisenbahn-Band allgemein geltender Tarifbestimmung können jedoch Gesellschaftsfahrten von 30 Personen und darüber mit Ermäßigung zu Pfingsten nicht zugelassen werden. Dies ist aber keine Besonderheit für Berlin; die Gewährung der Ermäßigung ist vielmehr allgemein zu Pfingsten ausgeschlossen. Die von der Verwaltung selbst zu Pfingsten eingelegten Sonderzüge werden natürlich, genügende Besetzung vorausgesetzt, mit der befamntgegebenen Ermäßigung befahren (im allgemeinen 33 1/2 Proz., im Verkehr mit Ostpreußen 50 Proz.).

## „Stolz weht die Flagge Schwarzweißrot“.

Man schreibt uns aus Potsdam:

Am 19. ist die Abführung für die auf der Zeppelin-Werft am Templiner See uniergebrachte „Allgemeine Wasserpost-Ausstellung“. Trotz des sehr mäßigen Wetters war die Werft und das am Ufer gelegene Restaurant, weniger die Ausstellung, sehr gut besucht. Und warum nicht. Der Potsdamer war eingeweicht und mußte Bescheid. Es bot sich einem hier wieder einmal eines der berühmten Gehler'schen Schauspiele. Auf dem Dampfersteg hatte eine Militärkapelle Platz genommen und spielte eine Viertelstunde lang den „Friedericus-Reg. Marsch“, aber wirklich eine Viertelstunde lang, immer und immer wieder. Dem folgte ein anderes Musikstück und dann kam der Knalleffekt. Die seitlich gelagerten Bootsteg wurden von Mitgliedern der dort stationierten privaten „Marineschule“ besetzt oder sie bezogen „Stegwache“, wie sie sich ausdrückten, und warteten auf den Admiral. Auf meine erstaunte Frage, was denn das für ein Admiral sei, der sich durch einen Kanonenschuß ankündigt, sagte man mir, daß es der Admiral der privaten „Marineschule“ sei. Und richtig; ein „Achtung!“ ließ alles stillstehen — aber es war nicht der richtige „Admiral“. Schließlich erfolgte aber der Kanonenschuß und ein großes Schiff des „Kaiserlichen Yachtclubs“ (das ist der heutige Name des Klubs) fuhr mit dem vermeintlichen Admiral an Bord an der das Flaggenschild intonierenden republikanischen Militärkapelle und an den vor Begeisterung oder Kälte zitternden Süßwasserfrauen vorbei, gefolgt von weiteren 10 Booten des obigen Klubs. Fleißig spielte die Reichswehr weiter, bis die Flottille vorbei war, das Admiralschiff begedreht hatte und sich das schöne Rädchen noch ein Weile anhöre. Dann durfte die Reichswehr einpaddeln und gehen. Der unerhörte Skandal war also der, daß eine Reichswehrkapelle dem reaktionärsten aller Klubs, der sich „kaiserlich“ nennt und die schwarzweißrote Fahne ohne Götz führt, dafür aber die große Kaiserkrone, während einer Flottillenfahrt das „Stolz weht die Flagge Schwarzweißrot“ vorspielt und das alles zur Zeit der Fürstenträuberzeiten und des Flaggenskrieges. Und Herr Gehler wird sagen, daß die Reichswehrkapelle nur zur Eröffnung der WWL anwesend war, die hinter dem Restaurant ihre Stände hat, und nicht auf dem Dampfersteg, und daß die Reichswehr nur deswegen auf den Steg platziert wurde, um den Ausstellungsbesuchern die erforderliche Ruhe zu gönnen. Ja Gott — wenn dann zufällig der kaiserliche Yachtclub vorbei kommt, na, dafür kann niemand...

### Schwarzgraue Fahnen über der Kunstakademie.

Im Gebäude der Preussischen Akademie der Künste auf dem Pariser Platz ist jetzt wieder Ausstellung, weswegen das Haus besetzt ist. Vom Giebel wehen nämlich fünf Fahnen in den Farben Schwarz und Weiß. Einiges Roddentes führt zu der Vermutung, daß diese Fahnen in sauber gewaschenem Zustande das preussische Schwarzweiß darstellen würden. Das Gebäude ist preussisches Staatseigentum und die darin wohnende Akademie eine preussische Einrichtung. Preußen gehört zum Deutschen Reich. Allein eine Reichsfahne scheint die Akademie nicht zu besitzen — oder wenigstens nicht hissen zu wollen. Richt mehr; denn als die Reichsfahne nach Schwarzweißrot war, hat die Akademie gewiß nicht gezeugert, sie herauszufinden. Obgleich die Akademie damals nur königlich, nicht kaiserlich war. Nun soll aber eine preussische Anordnung bestehen, wonach alle Staatsgebäude stets auch in den Reichsfarben zu flaggen haben. Vielleicht bringt man den Kunstherren dies mit dem Befügen zur Kenntnis, daß sich gerade für ein Staatsgebäude gegenüber der französischen Botschaft das Hissen der Reichsfahne geziemt!

### Totschlag auf offener Straße.

Ein aufregender Vorfall spielte sich gestern abend gegen 10 Uhr im Norden Berlins vor dem Hause Stralsunder Straße 53 ab. Aus bisher noch unerklärter Ursache waren der 52jährige taubstumme Arbeiter Karl Kamlow aus der Stralsunder Straße 57 und der 22jährige wohnungslose Schuhmacher Theodor Urbanek in Streit geraten. Urbanek zog plötzlich ein dolchartiges Messer und stach auf seinen Gegner wie sinnlos ein. Der Gestohene, der einen Stich ins Herz und mehrere Leide in den Unterleib erhielt, war sofort tot. Die Leiche des Erstochenen wurde beidseitig untersucht. Der Täter versuchte zu entkommen. Straßenpassanten nahmen aber die Verfolgung auf und stellten ihn. Inzwischen war das Ueberfallkommando eingetroffen, das den Täter verhaftete und der Kriminalpolizei übergab. Nur mit Mühe gelang es, ihn vor einer Lynchjustiz zu schützen.

### Der Verhaftete von Spindelmühle.

Die bisherigen Ermittlungen in der Angelegenheit des in Deutschböhmen verhafteten Subinspektors Branstke haben ergeben, daß B. für den Mord an der Gräfin Vamborsky kaum in Betracht kommt. Nach den Aussagen seiner Angehörigen war er am 7. Mai, dem Mordtage, zu Hause. Die Beschreibung, die von allen Seiten von dem Mörder gegeben wird, paßt auf ihn nicht. Die Nachkommission hat sich mit der Polizeibehörde von Spindelmühle und Hohenelbe in Verbindung gesetzt, um die Angelegenheit weiter zu klären. Branstke ist geisteskrank und hat sich schon früher wiederholt in der Gegend von Spindelmühle aufgehalten. Als er im Jahre 1924 dort war, wurde in der Gegend ein Sittlichkeitsverbrechen an einem Dienstmädchen verübt. Die Leute bezeichneten Branstke als den Täter. Er bestritt jedoch, das Verbrechen ganz entschieden. Wegen dieser Nachreden lebte er besonders mit dem Wirt der Krause-Baude, Ellerbach, und auch mit dem Bürgermeister von Spindelmühle in Feindschaft. In seiner Geisteskrankheit glaubte er sich von Ellerbach verfolgt. Von dieser fügen Idee besessen, hat er vielleicht die Absicht gehabt, sich mit seinen Feinden auseinanderzusetzen. Zu dem Zweck hat er wohl die unsinnige Menge Munition mitgenommen.

### 25jähriges Jubiläum der Versicherungsvertreter.

Im Plenarsitzungsfaal des Preussischen Staatsrates hielt am Dienstag vormittag der Bund der Versicherungsvertreter Deutschlands aus Anlaß seines 25jährigen Bestehens eine Festigung ab, zu der u. a. der Vorläufige Reichswirtschaftsrat, das Reichsarbeitsministerium und andere Behörden Vertreter entsandt hatten. Generalsekretär Erich Müller gab in kurzem Abriss ein anschauliches Bild von der verflochtenen Tätigkeit des Bundes und erinnerte daran, wie noch vor 25 Jahren der Versicherungsagent vom Publikum, der Presse und selbst von Richtern lächerlich gemacht wurde und sozial mißachtet war. Als besonderes Ereignis buchte er den Londoner internationalen Kongress für Versicherungsarbeiter und Agenten vom 3. bis 6. Juni 1912, den der Bund durch drei Vertreter besandte. Dieser internationalen Vereinigung gehörte der Bund eine Zeitlang als vierte (deutsche) Sektion an. Professor Dr. Woldenbauer-König glaubte in seinem Vortrag über „Soziale Versicherungen“ nur in der ergänzenden Arbeit zwischen Privat- und Sozialversicherung, nicht in gegenseitiger Verdrängung Erpresserisches für die Wirtschaft zu erblicken. Der Redner zog sodann wieder gegen die Sozialversicherungs-

zungen los und will von einer staatlichen Zwangsversicherung für freie Berufe nichts wissen. Direktor Dr. Kohrbach-Berlin wollte auch nur die Arbeit der Privatversicherungen gelten lassen. Treffende Ausführungen machte Generalagent Emil Cahn-München über Gruppen- und Kollektivversicherungen, in denen die Kartellpolitik des Reichsverbandes der deutschen Industrie und die Art der Kollektivverträge mit ihrer Ausbeutungs-tendenz plastisch gezeichnet wurde. Der Redner forderte eine entsprechende Vertretung der Versicherungsagenten im Reichswirtschaftsrat und schloß eindringlich die soziale Not der im Aufstiege tätigen Kollegen. Seine Ausführungen fanden reichlich Beifall und Zustimmung.

### Die Zunahme der Feuerbestattungen.

Die Feuerbestattungen sind in Berlin in den letzten Jahren recht zahlreich gewesen. In den fünf Jahren, 1921, 1922, 1923, 1924, 1925, wurden hier 7127, 11 003, 12 150, 12 424, 12 385 Seldien eingetragte, wovon die von außerhalb zur Feuerbestattung hierher gebrachten Leichen nur mit einer nicht ins Gewicht fallenden Zahl beteiligt waren. Vergleicht man die Zahl der Feuerbestattungen mit der Zahl der Sterbefälle Berlins, die in den letzten drei Jahren heruntergegangen ist, so ergibt sich eine sehr erhebliche Mehrung der Feuerbestattungen. In denselben fünf Jahren 1921 bis 1925 wurden in Berlin 49 119, 54 941, 51 397, 48 915, 47 397 Sterbefälle gebucht, wobei auch die Totgeburt mitgezählt sind. Auf je 100 dieser Sterbefälle kommt in den betreffenden Jahren rund 15, 20, 24, 25, 26 Feuerbestattungen. Die träge Aufwärtsbewegung der Jahre 1922 und 1923 (auf 20 Proz. und 24 Proz.) ist einer langsameren Zunahme gewichen, doch ein Mehr (im Vergleich zu den Sterbefällen) war auch in den Jahren 1924 und 1925 noch zu verzeichnen. An der Zahl der Einäscherungen von 1925 waren beteiligt die Krematorien Wedding mit 5718, Treptow mit 3550, Wilmersdorf mit 3117. Die Mehrung der Feuerbestattungen hat auch zu einer stärkeren Inanspruchnahme der Urnenhaine geführt, die den drei Berliner Krematorien beigegeben sind. Auf den Friedhöfen in Wilmersdorf und in Treptow (Niesholzstraße) muß die Zahl der Urnengrabfelder immer weiter vermehrt werden, im Verwaltungsbezirk Wedding aber bietet der Friedhof (Gerickestraße) schon nicht mehr Raum genug, so daß bereits der Friedhof in Reinickendorf (Humboldtstraße) zur Beisetzung von Aschenresten mitbenutzt werden muß. Die schon vor einigen Jahren beschlossene Erweiterung der Urnenhaine auf dem Friedhof in Treptow soll jetzt ausgeführt werden. Aber auch sie wird nicht für lange Zeit ausreichen, wenn die Feuerbestattungen, wie zu erwarten ist, weiter zunehmen.

Ueber die Notwendigkeit, die Erdbestattung durch die Feuerbestattung zu ersetzen, braucht heute kaum noch ein Wort gesagt zu werden. Zu den Vorzügen der Feuerbestattung kommt in der Großstadt noch der, daß die hier bestehende Friedhöferräuber — die Schmierigkeit, ausreichende Friedhöfe in nicht zu großer Entfernung zu beschaffen — bei der Feuerbestattung sich nicht so stark wie bei der Erdbestattung geltend macht. Zwischen dem Sieg der Feuerbestattung, der in Berlin schon entschieden ist, und der auf immer weitere Kreise sich erstreckende Abkehr von der Kirche besteht ein gewisser Zusammenhang. In den von Stadtgemeinden betriebenen Krematorien ist man eher bereit, für die Leichenfeiern eine Duldbarkeit zu gewähren, die auf den Friedhöfen der Kirchengemeinden noch unbenutzt ist. Die peinlichen Aufträge, die auf kirchlichen Friedhöfen an offenen Gräbern vorgenommen sind (erst vor kurzen mußten wir wieder unduldbares Verhalten gegen rote Kranzschleifen rügen), haben die Abneigung gegen Begräbnisse auf kirchlichen Friedhöfen gesteigert. Darüber hinaus haben sie sicherlich auch bei vielen dazu beigetragen, den Entschluß zu einer gänzlichen Loslösung von der Kirche in ihnen rascher reifen zu lassen. Für die Kirche hat die Abkehr von ihren Friedhöfen noch die für sie sehr unangenehme Nebenwirkung, daß ihr der Ertrag einer wichtigen Einnahmequelle gekürzt wird. Die Friedhöfe sind lange Zeit eine Kapitalanlage gewesen, deren Wert die Kirche zu schätzen wußte. Mit dem ansehnlichen Gewinn, der ihr daraus zufließt, wird es bald vorbei sein.

### Glauben oder Wissen!

Die Reaktionen aller Schattierungen haben sich immer bewußt und mit aller Energie in den Dienst der Jugendziehung gestellt. In einem gewissen Gegensatz dazu haben die freidenkenden Eltern oft nicht die Einsicht, daß die Erziehung in der Jugend ausschlaggebend für das ganze Leben sein kann. Sie glauben mit der Umdeutung ihrer Kinder vom Religionsunterricht alles getan zu haben, was nötig ist. Sie bedenken nicht, daß ihre Kinder über das religiöse Leben von Millionen von Millionen von Mitmenschen abstrakt nichts erfahren und diesen Fragen im späteren Leben verständnislos gegenüberstehen und im Notfall irgend einen geschickten Agitator leicht folgen, da sie die geschichtlichen Zusammenhänge nicht kennen und solchen Leuten nicht Rede und Antwort stehen können. Wer da will, daß seine Kinder zu vollwertigen Menschen erzogen werden sollen, sende diese in den vollständig kostenlosen Unterricht in Religionsgeschichte und Lebenskunde, der von der Freireligiösen Gemeinde Berlin, Kulturgesellschaft der Freidenker, an folgenden Schulen nur von Pädagogen erteilt wird: Weissenburger Straße 4a, Donnerstags von 3½ bis 5¼ Uhr; Reichenberger Straße 4b, Montags von 3½ bis 5¼ Uhr; Kopenstraße 84, Freitags von 3 bis 5 Uhr; Niesholzstraße 66, Montags von 3 bis 5 Uhr; Tempelhof, Friedrich-Wilhelm-Straße, Mittwochs von 3 bis 5 Uhr; Niederdomenweide, Berliner Straße 31, Freitags von 3 bis 5 Uhr; Köpenick, Grünauer Straße 5, Jugendheim, Donnerstags von 3½ bis 5¼ Uhr. — Die

einzigste Bedingung ist, daß die Kinder vom Schulfach Religionsunterricht abgemeldet sind und den Unterricht der Freireligiösen Gemeinde pünktlich besuchen.

### Oberschlesiens Nöte.

Am Sonnabend und Sonntag tagten die heimattreuen Oberschlesier im Herrenhause. Eine Fülle von Referaten beleuchtete die Nöte des zerrissenen Oberschlesiens.

„Ueber die geschichtliche Entwicklung Oberschlesiens“ sprach Studienrat Hartmann, Potsdam; über „Oberschlesische Flüchtlingsnot“ Stadtrat Schmiede, dessen Referat eine einzige große Anklage gegen die schwerfällige Bürokratie war. Die Gemeinden fordern neue Mittel von den Zentralbehörden für die Flüchtlingsfürsorge, gebrauchen sie aber für ihre eigenen Leute und die Flüchtlinge gehen dabei leer aus. Ueber „Wohnungsbauplan und Siedlung in Oberschlesien“ sprach Baurat Niemeyer, Oppeln, in einem ausgezeichneten Lichtbildervortrag, der den wirtschaftlichen und sozialen Wohnsinn der Zerteilung Oberschlesiens an Kartenmaterial aufzeigte. Siedlungsstränge, Landstraßen, industrielle Werte sind ohne Rücksicht auf den organischen Zusammenhang brutal auseinandergerissen und es bedarf der größten Anstrengungen, den deutschgebliebenen Teil lebendig zu erhalten. Ueber „die Arbeitslage in Oberschlesien“ sprach Abgeordneter Franz aus Hindenburg, der ein erschütterndes Bild von der Wirtschaftslage im polnisch gewordenen Oberschlesien entwarf, die die allgemein durch die Weltkrisis geschaffene düstere Lage bei weitem übertrifft. Doch auch die Verhältnisse im deutschen Oberschlesien sind noch außerordentlich verbesserungsbedürftig. Die Löhne sind sehr niedrig (Metallarbeiter 42—46 Pf. Stundenlohn), die Beschäftigung im Bergbau ist zurzeit eine gute, doch auch hier sind die Löhne verringert und die Arbeitszeit verlängert worden. Die Lage in der Kohleindustrie ist betrüblich, auch die in der Bauindustrie ist ungünstig, weil die Mittel fehlen. Die Textilindustrie befindet sich ebenfalls in einer traurigen Lage, die Zement- und Kalkindustrie ist halbwegs beschäftigt. Obwohl Oberschlesien keine billigeren Daseinsmöglichkeiten hat als andere Industriebezirke, gehört es zur Zone mit der geringsten Unterstützung. Der Kollaps der Erwerbslosen wird viel zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt, die Arbeitslosen und besonders die Flüchtlinge, die dazu die schlechtesten Unterbringungsverhältnisse haben, befinden sich in der schmerzhaftesten Lage. Sie zerbrechen nach jahrelanger Arbeitslosigkeit marastisch, sie „verharnaken“ und kommen dann für die menschliche Gesellschaft nur noch in trennender Hinsicht in Frage. In einem Telegramm an den Völkerrundrat wird erneut gegen die Zerteilung Oberschlesiens durch das Diktat der Bolschewiken vom 26. Oktober 1921 protestiert und Rückgabe Ost-Oberschlesiens an Deutschland gefordert. Die gegenwärtigen Vorgänge und der Niedergang der gesamten Wirtschaft in Ost-Oberschlesien zeigen, daß Polen nicht in der Lage ist, dieses deutsche Gebiet zu verwalten. Ferner wird vom Völkerrundrat auf Grund der von ihm garantierten Rechte der Minderheiten die Freilassung der in Ost-Oberschlesien ungeschützt verhafteten Mitglieder des deutschen Volksbundes gefordert.

Bund der Freunde sozialdemokratischer Studierender Berlins. Infolge wichtiger organisatorischer Fragen findet eine Mitgliedserversammlung am Mittwoch, den 19. Mai, nachmittags 5½ Uhr, im Preussischen Landtag, voraussichtlich Zimmer 12, statt. In Anbetracht der Dringlichkeit der Tagesordnung bittet der Vorstand um möglichst vollständiges Erscheinen.

### Das Rundfunkprogramm.

Mittwoch, den 19. Mai.  
 Außer dem üblichen Tagesprogramm:  
 8—8.20 Uhr abends: Für unsere Kleinen. Unter Mitwirkung von Fritz Altan, Eva Holberg und dem Knabenchor der Kaiser-Friedrich-Schule unter Leitung von A. Müller-Bressow. Anschließend: Ratschläge fürs Haus, Theatervorlesung. 7.15—8.10 Uhr abends: Hans-Bredow-Schule (Hochschulkurse). 7.15 Uhr abends: Abteilung Wirtschaftswissenschaften. Staatssekretär z. D. Professor Dr. Julius Hirsch: Probleme des modernen Handels (Veränderungen des Weltmarktes). 7.50 Uhr abends: Abteilung Rechtswissenschaft. Geheimer Justizrat Prof. Dr. Ed. Heilforn: „Streifzüge durch das bürgerliche Recht (Das Erbrecht)“. 8.30 Uhr abends: Konzert. 1. Mendelssohn: a) Rondo capriccioso, b) Frühlinglied, c) Spinnerlied (James Simon, Klavier). 2. M. Kowalski: Aus „Pierrot lunaire“ (Girard, deutsch von E. O. Hartleben) (Th. Scheidl, Bariton). 3. K. Baum: a) Das Lied von der dünnen Wand, b) Jan Rainer (Karl Zander, Rezitation). 4. a) Wieniawski: Romanes aus dem D-Moll-Konzert, b) Kreisler: Capriccio viennois (Jacques v. Kinsbergen, Sacco, Violine). 5. a) Simon: Harlekonde, b) Chopin: Walzer F-Dur, c) Chopin: Walzer E-Moll. 4. Lied: Waldesrauschen, e) Liszt: Rigoletto-Paraphrase (James Simon). 6. a) M. Kowalski: Aus „Pierrot lunaire“ (Girard, deutsch von E. O. Hartleben), b) W. Brannan: Aschermitwoch (H. Ph. Weitz), c) W. Brannan: April (H. Ph. Weitz) (Theodor Scheidl). 7. a) K. Baum: Der Schmied von Leibaach, b) J. Kehlheim: Die Brandstifterin (Karl Zander). 8. a) E. Bloch: Zerkirschung aus „Baal Schem“, b) Kreisler: Tambourin chinois (Jacques v. Kinsbergen, Sacco). Am Flügel: Bruno Seidler-Winkler. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitsungs-, Wetterdienst, Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst.

Königswusterhausen, Mittwoch, den 19. Mai.  
 1—1.30 Uhr nachm.: Lektor Grander und Julius Walinski: Französisch für Schüler. 3—3.30 Uhr nachm.: Studienrat Friebe und Lektor Mann aus London: Englisch für Anfänger. 3.30 bis 4 Uhr nachm.: Studienrat Friebe und Lektor Mann aus London: Englisch für Fortgeschrittene. 4—4.30 Uhr nachm.: Gehilfenrat Prof. Dr. Sievers: Der Neuklassizismus und seine Grundlagen. 4.30—5 Uhr nachm.: Mitteilungen des Zentralinstitutes. 5 bis 5.30 Uhr nachm.: Anna von Gierke: Das Schulkind in der Freizeit. 8.30 Uhr abends: Uebertagung von Berlin.

### Weitere Aufklärung des Oberwalder Raubmordes.

Wie wir vor einigen Tagen bereits berichteten, wurde auch der zweite der Mörder der Witwe Wilhelmine Schröder aus Hegermühle bei Oberwalde, der Outsarbeiter Hermann Straß verhaftet und der Staatsanwaltschaft in Prenzlau zugeführt; er legte nach anfänglichem Leugnen ein Geständnis ab. Die Straß erklärt, war der vorher verhaftete Schlächter Hermann Birk der Anstifter zu der Mordtat. Die beiden Verhafteten, die einander gegenübergestellt wurden, versuchten jeder, die Hauptschuld auf den anderen zu wälzen und die eigene Beteiligung als möglichst gering darzustellen. Der Schmutzgerichtstermin in Prenzlau, auf dem die Untat zur Aburteilung gelangt, ist auf den 15. Juni anberaumt.

### Der Zoo wird erweitert!

Zur Erweiterung des Zoologischen Gartens hat der Aktienverein des Zoologischen Gartens von der Preussischen Bau- und Finanzdirektion einen Teil des Tiergartens mietweise überlassen bekommen. Es handelt sich um den Teil des Tiergartens, der sich nördlich an den Zoologischen Garten, rechts vom Sportplatz bis zur Schützenallee erstreckt. Ein Teil der Nichtenallee fällt mit in das gemietete Gebiet, so daß wahrscheinlich der Bärenweg verlegt oder ganz verschwinden wird.

### Großer Dachstuhlbrand am Kottbuser Damme.

Zu einem großen Dachstuhlbrand wurde gestern abend, kurz vor 11 Uhr, zu gleicher Zeit von mehreren Seiten, drei Züge der Berliner Feuerwehr nach dem Kottbuser Damme 5 alarmiert, wo in einem Dachstuhl Feuer ausgebrochen war. Beim Eintreffen der Wehren stand ein erheblicher Teil des Dachstuhles bereits in hellen Flammen. Unter Leitung des Baurats Noack wurde mit vier C-Rohren von benachbarten Grundstücken und über eine mechanische Leiter gegen das Feuer vorgegangen. Bei Redaktionschluss dauerte der Brand noch an. Ueber die Entstehungsurache verläutet noch nichts Genaues. Es besteht jedoch wenig Hoffnung, auch nur einen Teil des Dachstuhles vor der Vernichtung zu retten.

Billige Fischlinge. Am Donnerstag und Freitag dieser Woche sind besonders große Zufuhren auf dem Fischmarkt vorhanden. Es kommen zum Verkauf: frische Raibschollen pro Pfund 25 Pf., frischer isländischer Kobblau in ganzen Fisch pro Pfund 25 Pf., und frische grüne Heringe. Das zu Fischlingen besonders beliebte Rait mit Gurkensalat wird etwas kostspieliger werden, da wegen der kühlen Witterung der Kalfang sehr gering ist und die Preise deshalb anziehen.

### Zusammensturz eines Berges.

#### Bisher fünf Tote und dreizehn Verletzte.

Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Aachen berichtet, ist der an der holländisch-belgischen Grenze gelegene Käufberg zusammengefallen. In den Berg waren zum Zwecke der Züchtung von Champignons Gänge gegraben worden. Es haben sich etwa zweieinhalb Millionen Kubikmeter Erde in Bewegung gesetzt. Dem Unglück sind eine Anzahl Personen zum Opfer gefallen. Bisher wurden fünf Tote und dreizehn Verletzte festgestellt.

### Totschlag wegen der Flaggenfrage.

Wegen der Flaggenfrage gerieten in einer Oberfelder Wirtschaft einige Leute in einen Streit. Nach dem Verlassen der Wirtschaft wurde die Auseinandersetzung auf der Straße fortgesetzt. Es kam zu blutigen Kämpfen, bei denen ein Kaufmann zwei Messerstiche in die Brust erhielt, die seinen sofortigen Tod herbeiführten.

### Unwetterkatastrophen in Süd- und Westeuropa.

Eine Hochwasser- und Unwetterkatastrophe hat den südlichen Teil des Kontinents, vor allem Italien, heimgeucht und beträchtlichen Schaden angerichtet. So haben in Trentino Brücken-einfälle die Verbindungen unterbrochen und ganze Gebiete vom Verkehr abgeschnitten. In der Nähe von Brescia hat eine Lawine sieben Arbeiter überrascht und begraben, von denen zwei als Leichen geborgen wurden. Der Luganer See steht zwei Meter über normaler Höhe. Der Lago Maggiore ist ebenfalls 1,55 Meter über die normale Höhe gestiegen und hat einen großen Teil der Bahnhöfen unter Wasser gesetzt. Durch Fels- und Erdrutsche wurden die Furka-Bahn, die Linie Belp-Jernatt, die Bernina-Bahn und die Gotthard-Straße veriperrt. Auch in verschiedenen Teilen Frankreichs, vor allem in den Pyrenäen und im Zentralmassif des Duro gingen Schnee und Hagel in solchen Mengen nieder, daß in zahlreichen Orten die Ernte als verloren gilt. Auch in Holland haben starke Regenfälle die Flüsse und Ströme so anschwellen lassen, daß weite Strecken der Land- und Gartenkulturen unter Wasser gesetzt worden sind. An der Küste von Genua, wo das Wetter am heftigsten niederging, sind die Telegraphen- und Telefonverbindungen völlig zerstört.

Schweres Autounglück in Schlesien. Ein mit 36 Personen besetztes Kastrato verunglückte in der Nacht vom Montag zum Dienstag bei der schlesischen Ortshait Köchlich in der Nähe von Diering. Bei der Durchfahrt durch das Dorf Köchlich verlor das Kastrato plötzlich die Richtung, wich nach rechts von der Straße ab und fuhr gegen einen Chausseestein mit solcher Wucht, daß sämtliche Insassen die Köchlich hinab in die Klabbach geschleudert wurden. Acht der Insassen blieben mit schweren Verletzungen liegen, während die anderen mit Hautabschürfungen und Quetschungen davonkamen.

**Boots- und Segler-Schuhe**



Gr. 25-26

Weiße Leinen mit angegebener weißer Gummisohle, unsere Marke „Ahoi“ Gr. 43-47 5,90 Gr. 36-42 4,90, Gr. 31-35 4,90, Gr. 27-30 4,35

**Reiser**

Das größte Schuh-Spezialhaus mit der größten Auswahl Berlins

**Marken-Zigaretten**  
 Große Posten 2 Pf. Sorten billig  
 Fabrikhaft, Blankopt. Fritzl 22,70  
 Moslem 3 Pf. am Lager.  
 Dicke Türken, Kl. 22,90  
 Juco 28,20  
 Steyr-Stanislat 34,00  
 Old Port, Oberst 35,00  
 Walasko, Avide 42,50  
 Dieses einige Beispiele unserer Billigkeit.  
 Feuerwerkung am Lager.  
**Zigarren**  
 weit unter Fabrikpreis.  
**Sommer**  
 Neue Schönhauser Str. 4-5, im Laden.  
 Genau auf Hausnummer achten.  
 Versand nur gegen Nachnahme.

**Dr. R. Friedeberg**  
 (früher Berlin) praktiziert wieder  
**Bad Kudowa**

Mol- u. Zetchen-Bedarf  
**L. Juergens**  
 Alexanderplatz

**Stellenangebote!**  
 finden im Vorwärts bester Beachtung!

**Schenk!**  
 Bücher zugehen  
 Fest!

J. H. W. Dietz Nachf., G. m. b. H.  
 Lindenstraße 2.

**PEEK & CLOPPENBURG**  
 BERLIN C 19 • GERTRAUDTEN-STR. 25-27 • ROSS-STR. 1-4

**Leichte Herrenkleidung**  
 für jede Figur passend.

**Lüstersakkos**, schwarz, blau, farbig M. 8<sup>50</sup> 9<sup>50</sup> M. 10<sup>50</sup> 14.- 19.- 23.- 27.- 39.- 56.-

**Helle Waschsakkos**  
 M. 8.- 11.- 17.- 26.- 34.-

**Waschsakkos oder Joppen**  
 M. 5<sup>50</sup> 6<sup>50</sup> 10.- 13.- 17.-

**Leichte Anzüge** | **Wasch-Sport-Anzüge**  
 (L. Datar, Rohseide, Tussah) | (Joppe und Hoax)  
 u. 24.- 32.- 46.- 58.- 76.- | Baumwolle, Schifflinien usw.



# Rechtsradikale und Reichsjustiz.

## Putschdebatte im Reichstag. — Sozialdemokratische Auflage. — Zentrum gegen Volkspartei.

Am Reichstag stand gestern an erster Stelle der Tagesordnung die Beratung der Handelsabkommen mit Spanien, Portugal und Honduras, sowie das Zusatzabkommen zum deutsch-französischen Abkommen vom 12. Februar 1926. Der Auswärtige und der Handelspolitische Ausschuss, über dessen Verhandlungen Abg. Haag (Dnat.) und Abg. Frau Sender (Soz.) berichten, empfehlen die unveränderte Annahme der Vorlagen.

Abg. Cefune-Jung (Dnat.) befreit es, daß die Kündigung des alten Vertrags mit Spanien von Wahlkreisinteressen veranlaßt worden sei. Das neue Abkommen weise wesentlich bessere Bedingungen auf, vor allem weil es nicht Deutschland einseitig die Pflicht zur Gewährung der Reisbegünstigung auferlege. Auch auf anderem politischen Gebiet müsse es aufgehoben, doch Deutschland einseitige Zugeständnisse mache. Unter Heiterkeit des Hauses behauptet der Redner, daß die Deutschnationalen immer eine einheitliche Linie eingehalten hätten.

Abg. Frau Sender (Soz.)

widerspricht dem deutschnationalen Redner, daß das neue Handelsabkommen eine Verbesserung gegenüber dem ersten Abkommen darstelle. Auch die von der Regierung gegebene Begründung der Vorlage könne eine Besserung nicht feststellen. Die Kritik, die die sozialdemokratische Fraktion an der ganzen Behandlung des spanischen Handelsvertrags geübt hat, muß in vollem Umfang aufrechterhalten bleiben. Eine kleine Gruppe der Landwirtschaft ist dabei besonders bevorzugt worden, wie sich das schon daraus ergibt, daß das Landwirtschaftsministerium zuletzt die Verhandlungen geführt hat. In den Handelsvertragsverhandlungen ist aber nicht ein einzelner Wirtschaftszweig, sondern die Gesamtwirtschaft interessiert. Daher muß das Landwirtschaftsministerium bis zuletzt die Führung der Verhandlungen behalten. Auch bei dem neuen Abkommen mit Spanien haben wir nur eine beschränkte Reisbegünstigung erhalten. Wir erwarten, daß auch im Auslande die Zollmauern niedergelegt werden, aber ohne Niederlegung der eigenen Zollmauern wird diese Erwartung nicht in Erfüllung gehen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auch jetzt sind wieder die Interessen der Gesamtwirtschaft zugunsten einer einzelnen Gruppe der Landwirtschaft zurückgesetzt worden. Dabei dürfen wir nicht etwa erwarten, daß die Winzer zufriedengestellt werden, denn ihre Notlage rührt nicht von der Zollseite her. Es ist ihre Schuld (nach rechts), daß die Aufmerksamkeit der Winzer von den wirklichen Ursachen ihrer Not abgelenkt und auf die Zollfrage hingelenkt worden ist. Es besteht doch allgemein Uebereinstimmung darüber, daß ohne gewisse Umänderungen auch in diesem Berufe eine Besserung der Lage nicht zu erreichen ist.

Den Winzern muß durch andere Maßnahmen geholfen werden. Die Ablenkung auf die Zollfrage bringt ihnen keine Hilfe. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Wir dürfen in der Handelspolitik weder einseitig die Interessen der Landwirtschaft, noch die Interessen der Industrie bevorzugen. Für eine großzügige Handelspolitik besteht überhaupt kein Unterschied zwischen Landwirtschaft und Industrie. Deshalb bleibt es unverstänlich, mit welchen Methoden verschiedene Parteien bei den Handelsvertragsverhandlungen arbeiten. Sie lassen die Vertreter einzelner Gruppen auftreten und sie gegen die Verträge wehren, wenn sie glauben, daß sie für ihre eigenen Interessen benachteiligt werden. Liegt es denn im Interesse der Gesamtwirtschaft, wenn aus der Benachteiligung einer kleineren Gruppe die Schlussfolgerung gezogen wird, daß der ganze Vertrag abgelehnt werden müsse. Ueber eins müssen wir uns klar sein: wir können keine Zugeständnisse für uns erreichen, wenn wir nicht selbst Zugeständnisse machen wollen. Sie möchten die Einfuhr solcher Erzeugnisse möglichst ganz verhindern, die für unsere Bevölkerung lebensnotwendig sind, aber damit erlösen Sie doch nur unseren eigenen Export. Die Regierung hat das Zugeständnis gemacht, daß unser Zolltarif Zollsteigerungen auch in den anderen Staaten bewirkt hat. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir werden auf unserem bisherigen Wege weitergehen und für Handelsfreiheit zwischen den Völkern kämpfen. Damit dienen wir der deutschen Wirtschaft und dem deutschen Volke. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hamkens (D. Sp.) erklärt, daß seine Fraktion für den spanischen Vertrag stimmen werde.

Abg. Meier-Berlin (Dem.) stellt die Schuld der Deutschnationalen daran fest, daß die Beziehungen unserer Industrie zum Auslande seit Jahr und Tag in Verwirrung gebracht worden sind. Das jetzige Abkommen mit Spanien bedeutet eine Verschlechterung gegenüber dem Vertrag von 1925, und es könne nicht oft genug hervorgehoben werden, daß der vorige Vertrag auf Drängen der Deutschnationalen gekündigt worden ist.

Abg. Wiffel (Soz.)

stellt die Tatsache fest, daß ohne die Sozialdemokratie überhaupt keine Handelsverträge mehr zustande kommen können. Gegenüber dem Schlagwort von „Exportanatismus“ müsse darauf hingewiesen werden, daß Deutschland ohne die Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln überhaupt nicht leben könne, und daß wir zur Bezahlung dieser Einfuhr unseren Export wesentlich steigern müßten. Aus den bisherigen Handelsvertragsverhandlungen muß man den Schluß ziehen, daß unser Zolltarif derartige hohe Sätze aufweist, daß überhaupt keine Verträge mehr geschlossen werden können, wenn von unserer Seite nicht wesentliche Zugeständnisse gemacht werden. Auf dem mit dem Zolltarif beschrittenen Wege würden wir nicht dazu kommen, die Zollmauern im Auslande abzubauen. Ihre Vertreter (zu den Deutschnationalen) haben im Ausschuss mit den ungeschicktesten Argumenten gearbeitet. Sie haben bei dem Zusatzabkommen davon gesprochen, daß es geradezu eine Katastrophe für die Landwirtschaft herbeiführen werde. Das trifft aber in keiner Weise zu. Sie wollen den Handelsverkehr mit Jollen absperren, auf die Veränderung der weltwirtschaftlichen Verhältnisse nehmen Sie in keiner Weise Rücksicht. Gegen das Zugeständnis der Einfuhr von 27 000 Doppelzentnern Küchengewächse aus Frankreich hat sich von Ihnen (nach rechts) der leb-

hafteste Widerstand erhoben. Dabei ist die Gesamteinfuhr von Gemüsen um 519 000 Doppelzentner geringer gewesen als im vorigen Jahre. (Hört, hört! bei den Sozialdemokraten.) Auch die Einfuhr von Kartoffeln ist um 113 000 Doppelzentner zurückgegangen. Wenn man mit dieser geringen Einfuhr rechnen muß, wie kann man dann dem Argumente glauben schenken, daß dies Frankreich zugeständene Einfuhrkontingent von 27 000 Doppelzentnern die deutsche Landwirtschaft ruinieren müsse. Die sozialdemokratische Fraktion wird allen Handelsverträgen und Abkommen zustimmen, im Interesse der Förderung des Exports. Wir tun das, um mit den Worten des deutschnationalen Redners zu schließen, unserem Volke das tägliche Brot zu schaffen und die Beschäftigungsmöglichkeiten zu vermehren. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Graefe (Bölk.) und Urbahn (Komm.) werden die Handelsabkommen mit Spanien, Portugal und Honduras gegen die Kommunisten und Böllischen, das deutsch-französische Zusatzabkommen und der deutsch-einseitige Konsularvertrag gegen die Deutschnationalen, Kommunisten und Böllischen in zweiter und dritter Beratung angenommen. Ohne Aussprache wird der deutsch-einseitige Konsularvertrag in zweiter und dritter Beratung verabschiedet.

Nach einer längeren, zeitweise sehr lebhaften Geschäftsordnungsdebatte wird das Abkommen mit Dänemark über Zoll-erleichterungen von der Tagesordnung abgelehnt.

Es folgt die zweite Beratung eines von den Böllischen eingebrachten Antrags auf

### Aufhebung des Gesetzes zum Schutze der Republik.

Der Ausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Abg. Kube (völk.) wendet sich gegen den Ausschussbeschluss und behauptet vor fast leerem Hause die Durchsuchungen bei den Rechtsputschisten.

Abg. Dr. Rosenber (Komm.) erklärt, daß seine Fraktion dem völkischen Antrage zustimmen werde.

Abg. v. Freytag-Loringhoven (Dnat.) erklärt, die Deutschnationalen würden für die Aufhebung des Gesetzes stimmen. Die von der Polizei kürzlich vorgenommenen Hausdurchsuchungen seien geführlig vorgenommen worden. Inzwischen habe Justizrat Clah erklärt (Jura! links: Er hat gelogen!), daß das bei ihm gefundene Material aus dem Jahre 1923 stamme. Damals sei die Rettung von rechts gekommen. (Stürmisches Heiterkeit links.) Justizrat Clah werde in schamloser Weise geheut und verleumdert. (Große Unruhe links.)

Abg. Dr. Scholz (D. Sp.) führt aus, daß die letzten Vorgänge in Preußen bei seiner Fraktion die größte Erregung ausgelöst hätten, mindestens der Form nach sei das Vorgehen der Polizei als ein grober Mißbrauch der gesetzlichen Bestimmungen zu erklären. (Stürm. Widerspruch links.) Bei der dadurch veränderten Sachlage sei deshalb eine erneute Nachprüfung der Materie notwendig, er beantrage deshalb die Zurückweisung des Antrages an den Rechtsausschuss.

Abg. Levi (Soz.)

weist gegenüber den Angriffen des völkischen Abg. Kube auf die preussische Polizei auf die Tatsache hin, daß die Abteilung 6 der Münchener Polizei, als sie unter Leitung des völkischen Abg. Friedland, in mehreren Fällen falsche Pässe für Leute ausgestellt hat, die wegen Mordes rechtskräftig verurteilt worden sind. (Lebh. Hört! hört! links, Rärm d. d. Böll.) Wir räumen ohne weiteres ein, daß das Gesetz nicht den Erwartungen entsprochen hat, die von seinen Schöpfern geheut worden sind. Die eine oder andere Bestimmung hätte damals schärfer gefaßt werden können. Die Hauptschuld daran aber, daß die Erwartungen nicht in Erfüllung gegangen sind, liegt nicht an den Gesetzgebern, sondern an denen, die das Gesetz angewendet haben. (Sehr richtig! links.) Die Gesetzgeber haben sich erst einmal der Beschränkung gegenüber, daß das Gesetz gegen Organisationen angewendet werden sollte, deren Bedeutung damals noch nicht übersehen werden konnte. Erst später haben wir gesehen, wie weit diese Organisationen vom Reichswehrministerium geheut und gepflegt worden sind. Nach den Erfahrungen mit der schwarzen Reichswehr wissen wir, daß die Reichswehr bis in die höchsten Stellen hinein mit diesen Organisationen in Verbindung gestanden hat. Diese Zusammenhänge bestehen noch. Wir haben die sogenannten Kleinkaliberverbände, die Organisation Olympia, der Abg. Kube muß diese Zusammenhänge genau kennen, sonst hätte er sie nicht in seinen Ausführungen mit anderen Organisationen in Verbindung bringen können. Hinter diesen Organisationen steht etwas ganz anderes als was in ihren Statuten vorhanden ist. Die Ausführung des Republiksturzgesetzes ist aufs schwerste gehemmt worden durch die Mauer, die das Reichswehrministerium aufgerichtet hat. Ich glaube, daß man die Zustände nicht besser charakterisieren kann, als durch die Feststellung, daß erst dem Jahre 1920 ein einziger der am Rapp-Putsch beteiligten Männer zu 5 Jahren Festung verurteilt worden ist. Alle anderen Putschisten sind in Freiheit geblieben. Ich erwarte von der Reichsjustizverwaltung, daß sie uns endlich Auskunft gibt über die Vorgänge, die im Zusammenhang mit dem Hitlerputsch stehen. Im Oktober 1923 hat General Seede in einem Rundtelegramm an alle Wehrkreiscommandos den General Löffow des Hochverrats bezichtigt, und die Truppen ermahnt, die Treue zum Reich zu erhalten. Löffow hat darauf geantwortet, daß die von Seede verbotene Vereidigung der bayerischen Truppen durchgeführt werde.

Wo ist das Verfahren, das gegen Löffow eingeleitet ist? Die schwersten Zuchthausurteile sind gegen Kommunisten gefällt worden, die es gewagt hatten, einem Reichswehrsoldaten ein Flugblatt zuzustechen. Gegen diesen General, der den fünften Teil der Reichswehr dem Reiche abspenstig gemacht hat, ist nichts geschehen.

Die Reichsanwaltschaft hat stets die eine Hand nach links arbeiten lassen, die andere Hand nach rechts hat nichts getan. In der Angelegenheit der Organisation C hat der Verteidiger der Reichsanwaltschaft dafür gedankt, daß sie die Untersuchung so loyal geführt habe. (Stürmisches Hört! hört! links.) Dieselbe Reichsanwaltschaft

hat erklärt, daß unter Fememord nur der gesellschaftliche Boykott verstanden werde.

Dem Abg. Freytag v. Loringhoven gegenüber bemerkt der Redner, wenn der Justizrat Clah nichts anderes getan hätte, als eine Verfassung zu entwerfen, so wäre ihm kein Haar gekrümmt worden. Aber er hat mehr getan. Er hat einen Plan entworfen, der nach der Rechtsprechung des Reichsgerichts Hochverrat ist, weil er mit Gewalt durchgeführt werden sollte. Er hat sich weiter mit illegalen Organisationen verbunden, die die gewalttätige Aenderung der Verfassung anstrebten. Die Waffenkiste in Teltow und an anderen Orten beweisen das aufs Deutlichste. Und angesichts dessen zeteri der Abg. Freytag v. Loringhoven über die Gewalt, die die Republik gegen Dr. Clah und seine Gesinnungsgenossen ausübe.

Wenn ein Anhänger von Links derartiges unternommen hätte, dann wäre ihm eine langjährige Zuchthausstrafe sicher gewesen. Zustimmung links.)

Den Herren der Kommunistischen Partei sage ich: Wenn Sie an die Aufhebung des Gesetzes überschwengliche Hoffnungen knüpfen, dann werden Sie darin enttäuscht werden. Alles, was gegen Sie bisher unternommen worden ist, wird auch künftig auf Grund des allgemeinen Strafgesetzes unternommen werden. Ich gebe zu, daß die Urteile gegen Sie sich formell auf das Republiksturzgesetz stützen. Materiell können genau dieselben Urteile auf Grund des Strafgesetzbuches, des Sprengstoffgesetzes usw. gefällt werden. Wir sind der Auffassung, daß wesentliche Bestimmungen des Republiksturzgesetzes, die nach rechts verlagert und nach links die formelle Handhabe zu den scharfen Urteilen gegeben haben, aufgehoben werden müssen. Aber einige Bestimmungen müssen noch erhalten bleiben, weil sie den Verwaltungsbehörden die Ergreifung von Maßnahmen zum Schutze der Republik ermöglichen. Wenn das Gesetz heute im ganzen fällt, dann werden auch diese Verwaltungsmaßnahmen nicht aufrecht erhalten bleiben können. Wir müssen anerkennen, daß einige Regierungen doch etwas gegen rechts getan haben.

Der preussischen Regierung insbesondere können wir nur den Dank dafür aussprechen, daß sie jetzt durchzugreifen ver sucht hat.

Diese Anerkennung müssen wir um so mehr aussprechen, als andere Behörden der preussischen Regierung Schwierigkeiten zu machen suchten. Aus all diesen Erwägungen stimmen wir der Zurückweisung an den Rechtsausschuss zu. (Lebh. Zustimmung bei den Soz.)

Staatssekretär vom Reichsjustizministerium Joel erklärt, daß die Verfolgung von Löffow den bayerischen Volksgerichten obliegen habe. (1) Ueber das Verhalten der Reichsanwaltschaft im Falle der Organisation C werde sich der Rechtsausschuss ein Urteil bilden können, dem jetzt die Akten vorliegen. Daß die Reichsanwaltschaft nicht so partiell gegen links vorgehe, wie der Abg. Levi es dargestellt habe, gehe aus einer Eingabe des kommunistischen Rechtsanwalts Hegewisch in Celle hervor, in der er dem Reichsanwalt Riethammer seinen Dank für die objektive Gesinnung ausdrückt.

Abg. v. Guetard (Z.):

Der Abg. Dr. Scholz hat in der Begründung seines Antrags auf Rücküberweisung der Angelegenheit an den Rechtsausschuss gesagt, daß die Form des Vorgehens der preussischen Staatsregierung bei ihrer bekannten Aktion ein grober Mißbrauch der bestehenden Gesetze sei. (Sehr richtig! rechts.) Ich muß sagen, daß ich es für durchaus nicht richtig halte, hier in diesem Hause einen derartigen Vorwurf gegen eine Landesregierung zu erheben. (Beifall links und im Zentrum. — „Ranu!“ rechts.) Ich muß daher namens meiner Fraktion diesen Vorwurf zurückweisen. (Beifall links und im Zentrum.) Ich muß das um so mehr tun, als ich zwischen dem jetzt zur Beratung stehenden Punkt und dem preussischen Vorgehen keinen Zusammenhang erkennen kann. Wenn wir für die Rücküberweisung an den Ausschuss stimmen, so tun wir es nach altem Brauch nur aus Rücksicht auf den Wunsch einer großen Fraktion.

In einer persönlichen Bemerkung behauptet der Abg. Fried, daß Abg. Levi im Jahre 1918 zur Durchführung der Revolution englische Gelder erhalten habe.

Abg. Levi weist diese Behauptung scharf zurück, er habe dem Redakteur des „Völkischen Beobachters“, der auf den arischen Namen Rosenber hore (Heiterkeit), durch eine Frage Gelegenheit gegeben, seine Behauptungen vor Gericht zu beweisen. An diesen Beschuldigungen sei im übrigen kein Wort wahr.

Der Antrag wird schließlich einstimmig an den Rechtsausschuss zurückgewiesen.

Gegen 7½ Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch mittag 12 Uhr. Es findet zuerst eine kurze Sitzung statt, die einen Nachtragsetz für 1925 zu erledigen hat. Nach einer Pause folgt eine zweite Sitzung, in der die Regierung ihre Erklärung abgibt.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

**Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“.**  
Gaststättchen, Berlin S. 14, Schloßstr. 37. Hof 9. 12. Gewerkschaft. Die Liste der Besucher ist geschlossen. Neu-mitglieder werden nur unter Vorbehalt angenommen. — **Kriegsgraben.** Kameradschaft West: Jeden Donnerstag von 7-9 Uhr Turnhalle Berlin-Charlottenburg. — **Kreuzberg.** Do., 8. 10. 8 Uhr. Kreis-Vollversammlung in den Zentral-Treffsälen. — **Wilmersdorf.** Do., 8. 10. 8 Uhr. Vortrag des Kam. Otto Brämann-Ruhldorf über „Deutschlands Stellung in Europa“. Gäste durch Kameraden eingeführt, haben Zutritt. Vorher Anreden 7½ Uhr. Kameradschaft zum kurzen Umarmen mit Tombakoffen und Tassen. — **Steglitz-Schwanen-Flügelstraße.** Do., 8. 10. 8 Uhr. Anreden Ringstraße um 7½ Uhr. — **Wilmersdorf (Wilmersdorferstr.)**

**Reichswehrkammer.** Mittwoch, 19. Mai, 8 Uhr. Spillstr. 18. Vortrag Wilhelm Müller: „Das Deutschtum in Ebnweh-Wrifa“, erläutert durch Bildbilder.

**Vereine.** **Verband Volksgenossenschaft, Ortsverein Berlin.** Donnerstag, 20. Mai, 8 Uhr. In der Schule Altesstr. 911 (nahe Jannowstraße) (Lehrer) Genosse Hermann Beutmann über „Goethes Faust und unsere Zeit“. Freilich, 11. Mai. Disziplinabend der Juwendgruppe im Juwendheim Coklerstr. 61. Thema: „Reinheitskennzeichen“. Einleitend, Genosse Fr. Guppenborf. Kreis-Auswache. Gäste herzlich willkommen.

**Republikanische Partei.** Der 16. republikanische Abend findet am Donnerstag, 20. Mai, 8 Uhr, in „Humboldt-Bierhaus“, Charlottenstr. 81. statt. Thema: „Des Kolonialkrieges und Deutschlands“. Referent: Herr Barr. Republikaner aller Parteien herzlich willkommen.

# TRAGT FARBIGE SALAMANDER

SALAMANDER - SCHUHE  
SIND SCHÖN, GUT UND PREISWERT

# SALAMANDER



# Deutsch-schwedischer Handelsvertrag.

## Drohende Erhöhung der Kornzölle.

Soeben wird der Inhalt des am 14. Mai abgeschlossenen Handelsvertrages zwischen Deutschland und Schweden veröffentlicht, der die Handelsbeziehungen zwischen diesen beiden Völkern zunächst auf die Dauer von drei Jahren regelt. Dem Vertrag kommt aus verschiedenen Gründen eine besondere Bedeutung zu. Als Ganzes ist er durchaus geeignet, die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Schweden auf dem Gebiete des Handelsverkehrs zu fördern. Für die deutsche Rohstoff-einfuhr ist es von Wichtigkeit, daß Schweden in dem Vertrag auf das Recht verzichtet, Ausfuhrzölle auf Erze zu erheben, von deren Bezug die deutsche Schwerindustrie stark abhängig ist. Der deutschen Fertigindustrie bringt der Vertrag die Ermäßigung oder Streichung einer Reihe von schwedischen Zöllen, die bisher die Einfuhr deutscher Waren dorthin erschweren. Selbstverständlich ist, daß Deutschland auch seinerseits Zugeständnisse machen mußte. So wird insbesondere Schweden die zollfreie Einfuhr für Plastersteine nach Deutschland gewährt, und auch auf anderen Gebieten sind Zollherabsetzungen erfolgt, die durch die gegenseitig gewährte Meistbegünstigung für beide Staaten noch eine erhöhte Bedeutung erlangen.

### Die Lebensmittelzölle im Schwedenvertrag.

Ganz auffallend aber ist die Regelung der Lebensmittelzölle im deutsch-schwedischen Handelsvertrag. Obwohl Schweden an der Ausfuhr von Getreide gar kein Interesse hat — es ist selbst Getreideimportland —, ist im deutsch-schwedischen Vertrag eine Reihe von deutschen Lebensmittelzöllen, darunter auch der für Getreide, ausdrücklich festgelegt. Bei den Getreidezöllen ist man dabei nicht von den gegenwärtig geltenden ermäßigten Zöllen ausgegangen, die bekanntlich am 31. Juli 1926 ablaufen und 3 R. für den Doppelzentner Roggen, Gerste und Hafer sowie 3,50 R. für den Doppelzentner Weizen betragen. Man legt vielmehr die Höhe zugrunde, die nach dem 1. August d. J. in Kraft treten sollen und die für Roggen, Gerste und Hafer 7 R., für Weizen sogar 7,50 R. pro Doppelzentner betragen. Die Ermäßigung, die man im schwedischen Vertrag gegenüber diesen höheren Sätzen gewährt, ist gering. Der Zoll für Roggen und Hafer soll nach diesem Abkommen 6 R., der für Weizen 6,50 R., der für Gerste 5 R. betragen. Wenn also nicht noch in aller Eile mit einem dritten Land ein Vertrag abgeschlossen wird, so haben wir damit zu rechnen, daß das deutsche Brotgetreide vom 1. August d. J. ab mit dem doppelten Zollfuß belastet wird wie bisher — ein gewaltiges Geschenk für die ohnehin in der Wirtschaftspolitik besonders bevorzugten Agrarier und eine ebenso gewaltige Belastung der Verbraucher, die mit einer entsprechenden Verteuerung des Brotes zu rechnen haben!

### Die Gründe der drohenden Brotverteuerung.

Als im vorigen Jahre das Zollkompromiß abgeschlossen wurde, stand die deutsche Wissenschaft fast einhellig auf dem Standpunkt, daß eine Erhöhung der Getreidezölle unnütz oder gar schädlich sei. Diesen Argumenten hat sich selbst das Zentrum, und zwar nicht nur die Gemerkschafter, sondern auch viele Industrielle, nicht zu ent-

ziehen vermocht. Daher wurde zunächst für ein Jahr der ermäßigte Zollfuß für Getreide und eine Reihe von anderen Lebensmitteln eingeführt. Bedinglich als Schutzmaßnahme dagegen, daß die an der Wareneinfuhr nach Deutschland interessierten Fremdstaaten beim Abschluß von Handelsverträgen der deutschen Industrie nicht genügend Konzessionen machen könnten, hat man die sogenannten autonomen Zollfüße für Getreide in ihrer Vorkriegshöhe für Fleisch und Vieh noch wesentlich darüber festgelegt. Man hoffte, daß bis zum Ablauf der Geltungsdauer der ermäßigten Zölle mit den agrarischen Staaten des Ostens Handelsverträge zustande kommen würden, die Deutschland zu niedrigeren Vertragszollfüßen zwingen, so daß praktisch der hohe autonome Zoll keine Bedeutung erlangen würde. Jetzt ist der Erfolg ausgeblieben, und in dem deutsch-schwedischen Vertrag sind die Zollentungen für Getreide und Fleisch so gering, daß mit einer Verdoppelung der Lebensmittelzölle gerechnet werden muß, eine Entwicklung, die von der Sozialdemokratie auf das entschiedenste bekämpft werden muß.

### Was geschehen muß.

Die Agrarier werden, wenn sie einmal in den Genuß der im Schwedenvertrag vorgesehenen hohen Getreidezölle kommen, natürlich den denkbar größten Widerstand dagegen leisten, daß jemals wieder eine Herabsetzung dieser Zölle eintritt. Das würde den Abschluß von neuen Handelsverträgen, die der deutschen Industrieware den Weg nach dem Ausland erleichtern und damit der Arbeiterklasse neue Beschäftigungsmöglichkeiten sichern sollen, zur Unmöglichkeit machen. Aus der demagogischen Winzerpropaganda des Reichslandbundes sollte die deutsche Handelspolitik mahelhaftig gelernt haben! Was also jetzt geschehen muß, ist zunächst ein Beschluß des Reichstages, der die Intraffizierung der erhöhten Lebensmittelzölle noch so lange hinauszieht, bis die handelspolitische Situation gegenüber Polen und den übrigen Oststaaten geklärt ist. Brauchen wir wirklich Kompzölle, so wird bei einem Fehlschlag der deutsch-polnischen Verhandlungen darüber zu reden sein. Vorläufig aber ist nicht einzusehen, weshalb man sich den Weg zu vernünftigen Handelsverträgen mit den Agrarstaaten verbarrikadieren soll, indem man eine nur theoretisch gedachte Zollregelung praktisch wirksam werden läßt. Inzwischen aber ist mit aller Energie darauf hinzuwirken, daß mit den großen getreideliefernden Staaten langfristige Handelsverträge zustande kommen, bei denen gegen eine Entzung der deutschen Lebensmittelzölle für die Industrie größere Bewegungsfreiheit im Export geschaffen wird. Es wäre unverantwortlich, das deutsche Volk darunter leiden zu lassen, daß infolge der Schwierigkeiten bei den Handelsverträgen und infolge des nicht gerade überwältigenden Erfolgs der deutschen Unterhändler eine Brotverteuerung eintritt, die nicht einmal von den Vätern des Zollkompromisses beabsichtigt war und die schon deshalb vermieden werden muß. Dasselbe gilt natürlich von den Fleischzöllen, die ebenfalls nach der Regelung im Schwedenvertrag höher bleiben würden, als der Gesetzgeber auf die Dauer angenommen hat und die besonders mit Rücksicht auf die beschränkte Gefrierfleisch-einfuhr eine starke Belastung des Haushalte der breiten Massen darstellen.

## Einkaufsgenossenschaften des Einzelhandels

### Zum Geschäftsbericht des „Edeta“-Verbandes.

Der Edeta-Verband deutscher kaufmännischer Genossenschaften ist der nun schon seit 18 Jahren durchgeführte Versuch, durch genossenschaftliche Organisation des Einkaufs den von vielen Seiten bedrohten Einzelhandel lebensfähig zu erhalten. Der Tätigkeitsbericht des Edeta-Verbandes für 1925 weist einen ganzen Katalog von Segnern auf, mit denen er kämpft: Bahnhofshandel, Werkshandel, Beamtenhandel, den Handel der landwirtschaftlichen Genossenschaften, Befeuerung der Konsumenten durch Fabrikanten und Großhändler, die Schleuder- und Schwindelfirmen, den Straßen-, Hausier- und Markthandel. Der eigentliche Kampfgegenstand ist in allen Fällen natürlich der Konsument, der nun einmal mit vollem Recht nachsicht billig kaufen will. Soweit dem Einzelhandel Lebensspielraum bleibt, handelt er vernünftig, durch die genossenschaftliche Zusammenfassung den Einkauf möglichst billig zu machen und durch wohlfeile Versorgung von Konsumenten sich die Existenzfähigkeit zu erkauften.

Wie es nun heute um die in der Edeta zusammengefaßten Genossenschaften des Einzelhandels steht, zeigt der Geschäftsbericht des Verbandes und seiner Unterorganisationen. Daß es unter dem Druck der Krise nicht gut steht, verrät die Bilanz der Verbandesverwaltung. Man findet da zweifelhaft Forderungen an Mitgliedsorganisationen (Dubiosa) von rund 189 000 R., das ist fast die Hälfte der ganzen Bilanzsumme. Das ist unter den heutigen Verhältnissen bezweifelhaft, aber doch ein Zeichen für die schwache Position des Einzelhandels als Gewerbezweig in Wirtschaftsverhältnissen, in denen er immer scharfer zusammengeballte Erzeugung immer massenhafter organisierter Selbstversorgung der Konsumenten gegenübertritt. Das gilt für die Versorgung mit Lebens- und Haushaltsartikeln, die das Hauptgeschäft der Edeta sind, zwar noch weniger, aber doch in zunehmender Maße. Jedenfalls ist der Erfolg, daß die Zahl der angeschlossenen Genossenschaften von 1918 bis Ende 1925 von 194 auf 477 gestiegen ist, dem zunehmenden Druck zu danken, der auf dem Einzelhandel von beiden Seiten lastet.

Das Hauptgewicht der geschäftlichen Tätigkeit der Edeta-Organisationen liegt nun naturgemäß in der Einkaufszentrale (Edetazentrale e. G. m. b. H. Berlin) und in der Edeta-Bank e. G. m. b. H. Erstere befragt den zentralen Einkauf und teilweise die Abzweigungen der Lieferanten mit den 13 Gebiets- und den Hunderten von Einzelgenossenschaften. Letztere die Finanzgeschäfte und den Zahlungsausgleich unter den Organisationen. Von der Zentrale wird ein direkter Umsatz durch Eigengeschäfte von 41,71 gegen 31,66 Mill. Mark im Vorjahr gemeldet. Außerdem wurden Einkaufsabzweigungen vermittelt im Werte von 37,75 Mill. Die Importstelle in Hamburg steigerte ihren Umsatz gegen 1924 um 50 Proz. auf rund 7 Mill. Mark. Die Umsätze sind gewiß — besonders wenn man sie mit den Umsätzen großer Konsumvereine vergleicht — nicht sehr hoch, aber doch bei dem Betriebskapital von 508 000 R. beachtlich. Nicht sehr flüchtig ist die Bilanz, bei der ein Akzeptkonto von 2,20 Mill. (gegenüber Kreditoren mit nur 1,28 Mill.) besonders auffällig. Die Edeta-Bank, die wie andere Genossenschaftsbanken auch an der Preußischen Zentralgenossenschaftsbank beteiligt ist, berichtet eine Verdoppelung des Umlages auf 454 Millionen Mark bei einer Verringerung der Geschäftskosten von 1,6 auf 1,3 vom Tausend des Umlages. Die Einlagen der Mitglieder sind von 2,43 auf 5,38 Mill., die Geschäftsguthaben von 611 000 auf 729 000 gestiegen. Sie rechnen es sich als Verdienst an, niedrigere Zinsen als die Banken genommen und auch nur einen sehr kleinen Gewinn (27 000 R.) gemacht zu haben, was ja für Genossenschaften tatsächlich das Gebotene ist.

Die Edeta-Verlagsgesellschaft, die mit drei verschiedenen Organen für die Organisation wirbt, die Mitglieder vertraulich informiert und den Konsumenten die Vorteile des Einkaufs bei Edeta-Händlern plausibel macht, hat mit ihren Annoncenaufträgen den Betrieb durchgehalten. Die Transport- und Handlungsgesellschaft m. b. H. führt in Berlin und Hamburg die Einkäufe der Mitglieder und eventuell auch außenstehenden Käufern mit eigenen Lastkraftwagen zu. Nur die Edeta-Hausgesellschaft m. b. H., die das Verbandsbureau verwaltet und vermittelt, schließt mit einem kleinen Verlust.

Im ganzen verrät der Bericht doch die sehr große Unsicherheit, die auf dem ganzen Gewerbe lastet. Ueber den Zustand und die Eigenfürtel der einzelnen wird sehr geklagt und es wird empfohlen, sich an der Großzügigkeit ein Muster zu nehmen, mit der die Konsumentenorganisationen ihre Unternehmungen ausbauen. Dieses Kompliment werden die Organisationen der Konsumenten gewiß mit Vergnügen registrieren. Es wird sie aber auch ermuntern, ihre Organisation noch besser auszubauen als bisher, denn der billigste Einkauf ist und bleibt doch der, wo der Händlergewinn möglichst ganz wegfällt.

### Geringe Beschäftigung im Maschinenbau.

Vom Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten, dem Spitzenverband der deutschen Maschinenindustrie, wird uns geschrieben:

Die Lage der deutschen Maschinenindustrie hat sich im Monat April nicht wesentlich anders gestaltet als im Vormonat. Der Beschäftigungsgrad beträgt nur etwa 65 Proz. der Normalbeschäftigung. Die Zahl der ganz schlecht beschäftigten Betriebe scheint sich gegenüber dem Vormonat ein wenig verringert zu haben. Dabei hat sich aber bei anderen Betrieben die Lage im Berichtsmonat noch verschlechtert. Während der letzten drei Monate befindet sich die Wirtschaft offenbar in dem Schwerezustand einer starken Depression, in dem kleine Besserungen mit Verschlechterungen abwechseln, ohne eine Veränderung im ganzen zu bringen.

Der Eingang von Aufträgen ließ keine Zunahme des Interesses der In- und Auslandskundschaft erkennen. Nachdem sie sich über die Ausführungsmöglichkeiten für ihre wichtigsten Wäme — nicht selten unter übermäßiger Inanspruchnahme der Projekt-Abteilungen der Werke — hinreichend unterrichtet hat, wird die Ausführung der Projekte wegen der Schwierigkeiten in der Beschaffung der erforderlichen Mittel sehr häufig auf spätere Zeiten verschoben. Sowohl der Inlands- und Auslandsabsatz, als auch die innere Ausbaurbeit der Betriebe werden durch die hohen Abgaben für öffentliche Zwecke sowie die scharfen Bedingungen und hohen Kosten für Bankkredite gehemmt. Immer häufiger und bitterer werden von den Firmen die Bankfuge und Kreditkosten in Deutschland mit denen anderer Wettbewerbsländer in Vergleich gezogen, wie z. B. von Holland, Schweden, der Schweiz, den Vereinigten Staaten, England usw.

Der Bericht klagt dann weiter über die hohen Frachttätze und verlangt von den öffentlichen Organen Maßnahmen für die Entlastung der Wirtschaft.

Unter den Maßnahmen der Selbsthilfe, die der Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten in seiner Mitgliederversammlung Anfang Dezember 1925 seinen Mitgliedern zur Ueberwindung der Krise empfahl, befand sich vor allem auch die energische Förderung der Spezialisierung, weil hierdurch billigere Reihen- und Massenherstellung und gleichzeitig Vervollkommnung der Erzeugnisse erreicht wird. Da die Spezialisierung wesentlich erleichtert werden kann durch eine Verständigung der Fabriken über wechselseitige Einschränkung ihrer heute oft viel zu mannigfachen Herstellungsgebiete und über eine Zusammenarbeit beim Verkauf, so wurden sogenannte Spezialisierungs- und Verkaufsgemeinschaften angeregt.

Ausbau der Sächsischen Staatswerke. Die Aktiengesellschaft Sächsische Werke beschloß soeben, das Aktienkapital von 40 Millionen um 60 Millionen auf 100 Millionen Mark zu erhöhen und in den Jahren 1926, 1927 und 1928 zunächst je 15 Millionen Mark einzuzahlen. Da sich sämtliche Aktien im Besitz des Freistaates Sachsen befinden, kann die Kapitalerhöhung erst durchgeführt werden, sobald der Landtag die entsprechenden Beschlüsse gefaßt hat. Der Aufsichtsrat beschloß ferner, eine Anleihe in Höhe von 15 Millionen Dollar aufzunehmen. Die der Gesellschaft durch diese Anleihe und die Kapitalerhöhung zuzuführenden Mittel sind dazu bestimmt, die Landeselektrizitätsversorgung entsprechend den Landtagsbeschlüssen planmäßig weiter auszubauen.

## Kohlenbelieferung der Genossenschaften.

Ein monatelanger Kampf zwischen den Genossenschaften einerseits, den örtlichen Kohlenhändlerkartellen und den hinter ihnen stehenden Kohlenyndikaten andererseits ist nun unter dem Druck einer Aktion unserer Genossen im Reichstage durch eine neue Regelung der Kohlenlieferungsbedingungen für die Genossenschaften beendet worden.

Man wollte die Genossenschaften zwingen, die Mindestpreise im Kohlenhandel einzuhalten, die von den örtlichen Kohlenhändlerkartellen festgelegt und von den Syndikaten in „Schutz“ genommen wurden. Da dies die Genossenschaften ablehnten, legte man sie unter Lieferperre. Da trotz aller Beschwerden immer wieder neue Sperren verhängt wurden und darauf hingearbeitet wurde, die Genossenschaften überhaupt vom Kohlenhandel auszuschließen, wandten sich sämtliche fünf Spitzenverbände an die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, um eine Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Kohlenwirtschaftsgesetz herbeizuführen. Die Fraktion brachte darauf einen entsprechenden Antrag ein, der im Volkswirtschaftlichen Ausschuh die Zustimmung aller Parteien fand.

Unter dem Eindruck dieses Beschlusses gelang es einem inzwischen vom Reichskohlenrat eingesetzten Ausschuh, endlich die Widerstände zu beseitigen, welche bis dahin einer der Genossenschaften befriedigenden Neuregelung entgegenstellten wurden. Man einigte sich auf folgende Grundlinien:

Die Richtlinien des Reichskohlenrates und Reichskohlenverbandes zur Genossenschaftsfrage vom 30. August 1921 erhalten in Ziffer 2 und 3 folgende Ergänzungen:

a) Den Genossenschaften darf die Einhaltung von Mindestpreisen nicht auferlegt werden.

b) Die Rabattforderungen der Vereinigungen von Genossenschaften sind nur insoweit berechtigt, als die Vereinigungen eine Händlerstätigkeit ausüben, also z. B. von verschiedenen Sorten eines Sgnditates nicht nur eine Sorte beziehen, sondern verschiedene Sorten, wie dies auch von Händlern erfüllt wird. Eine Verpflichung, Rabatt zu gewähren, wird nicht dadurch hervorgerufen, daß sich gleichartige Abnehmer zum gemeinsamen Einkauf zusammenschließen.

c) Die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine in Hamburg erhebt den Anspruch, ihre Lieferungen über ganz Deutschland erstrecken zu können. Das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat in Essen sagt zu, daß die Lieferung von ihren Sgnditathandels-gesellschaften erfolgen soll, wobei jedoch der Vorbehalt wegen des Kohlenkontors Rannheim gemacht wird, daß erst eine Mitglieder-versammlung des Sgnditates ein durch die Sgnditatsgründung bestehendes Hindernis hinwegräumt. Das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat sagt weiter zu, daß die Sgnditathandels-gesellschaften den Zentraleinkaufsvereinigungen den Rabatt gewähren, den ihre Großhändler erhalten.

Die gleiche Zusage wird von dem Rheinischen Braunkohlenyndikat gemacht, mit der Maßgabe, daß dort, wo Alleinverkaufsrechte bestehen, die Befeuerung durch die betreffende Alleinverkaufsstelle erfolgt. Die Alleinverkaufsstellen gewähren dabei den Vereinigungen denselben Rabatt, den sie dem Großhandel gewähren.

d) Es wird ein Ausschuh gebildet, um jeden Streitfall, der sich über die Anwendung der Richtlinien ergibt, zu schlichten.

Su Mitgliedern dieses Ausschusses werden bestimmt ein Vertreter der Geschäftsführung des Reichskohlenverbandes, zwei Vertreter der Sgnditate, drei Vertreter der Genossenschaften.

Wenn es sich um Fälle handelt, in denen Interessen der Arbeitnehmer behandelt werden, so sollen Vertreter der Arbeitnehmer hinzugezogen werden.

Entsprechendes gilt, wenn Interessen des Handels in Frage kommen.

Da sich sämtliche Genossenschaftszentralen mit dieser Regelung einverstanden erklärt haben, so ist der von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erstrebte Zweck erreicht worden.

Es ist also unter dem Druck einer parlamentarischen Aktion unserer Partei gelungen, eine recht schädliche Wirkung wirtschaftlicher Machtverhältnisse der Kohstoffindustrie zu beseitigen.

Der Kampf um die Patente der Flaschenindustrie. Nach den Ausführungen der Verwaltungen der Straßauer Glashütte A.-G. und der A.-G. für Glasindustrie, vorm. Friedrich Siemens in Dresden, die beide dem Bier-Sprit-Konzern (Düwerte-Schultheiß-Rahlbaum) nahesteht, ist das Flaschenglasgeschäft, das von beiden Unternehmen betrieben wird, zurzeit nicht sehr umfangreich. Im Inlande sind augenblicklich die Hauptabnehmer die Brauereien, deren Umsätze beträchtlich sind. Dagegen liegen Spirituosen-industrie und Weinhandel über starken Absatzmangel, und das wirkt natürlich auf die Hilfsindustrie für sie, darunter auch die Flaschen-industrien, ungünstig ein. Das Ausland hat starken Bedarf. Aber die deutsche Industrie ist hier nicht wettbewerbsfähig. Indessen erzielen die Tochterfabriken von Siemens Glas, in Böhmen und in Polen, die anscheinend billiger arbeiten können, große Umsätze und sind auch weiter mit Aufträgen reichlich versehen. Daß auf die Preise die technische Gestaltung der Produktion einen sehr nachhaltigen Einfluß ausübt, wird durch die Tatsache bewiesen, daß die mit der Owens-Flaschenglasmaschine hergestellten Flaschen starken Absatz fanden. Allerdings droht den deutschen Gesellschaften, die mit dem Owenschen Patent arbeiten, eine starke Konkurrenz. Das belgische Konsortium, das der Inhaber der Owens-Patente ist, gründete nämlich in Deutschland zur Verwertung dieser Patente die Deutsche Libbey Owens. Die Inhaber der Owens-Patente hat seinerzeit Verträge abgeschlossen, wonach die Ausnutzung der Patente für die Flaschen-fabrikation nur durch Werke, die den europäischen Frachtpreisen angehören, erfolgen soll. Wenn auch die neue Gesellschaft nicht die Abtät hat, Flaschen herzustellen, so ist die Fabrikation für die Flaschenfabrikanten, die mit den Owenschen Maschinen arbeiten, schon deswegen sehr kritisch, weil die Gefahr einer Kündigung des Verbandes deutscher Flaschenfabriken besteht. Jedenfalls wollen die deutschen mit der Owenschen Maschine arbeitenden Gesellschaften gegen das neue Unternehmen die Feststellungsklage anstrengen, daß es nicht berechtigt ist, Flaschen mit der Owens-Maschine herzustellen. — Daß die Verwaltungen die hohen Preise auf die Höhe und sozialen Lasten zurückzuführen, ist ihnen nun schon zur Wohnbarkeit geworden. Von dieser sollte aber eine Verwertung wie Siemens Glas nicht Gebrauch machen, da sie selbst zugeben muß, daß die Steigerung der Kosten auf die erhöhten Umsätze, nicht aber auf höhere Löhne und Gehälter zurückzuführen sei.

Schlechtes Inlandsgeschäft für Hutfabriken. Der Geschäftsbericht der Heinrich Bod Hutfabrik A.-G. Berlin bemerkt über die Geschäftslage für 1926, daß die Betriebe ausschließlich für den Export beschäftigt sind, während das Inlandsgeschäft fast vollständig daniederliegt. Die fehlende Inlandskraft macht sich also auch hier deutlich bemerkbar. Für das vergangene Jahr verrät der Bericht allerdings glänzende Ergebnisse. Der Reingewinn ist mit 325 000 gegen 165 000 R. fast verdoppelt. Selbst bei gleichen Abschreibungen wie im Vorjahr wäre nicht nur die gleiche (15 Proz.), sondern fast die doppelte Dividende möglich gewesen, also 30 Proz. Die unfindere Geschäftslage mahnt aber zur Vorsicht. Es werden nur 10 Proz. Dividende ausgeschüttet, um die Reserven zu stärken. Diese werden dann auch beträchtlich erhöht; der Reservecfonds um 30 000 auf 37 000 R., jedoch wird eine Sonderreserve gegen eventuelle Verluste von 150 000 R. gebildet. 22 000 R. werden außerdem für 1926 vorgezogen. Die Heinrich Bod A.-G. erzeugt in der Hauptsache Belouzhüte.

## Debs' Traum.

Von Jack London.

Am anderen Ende des Rauchzimmers stieß ich auf eine Gruppe, die sich in zorniger Erregung um Bertie Messener drängte. Bertie reizte und schaltete sie in seiner kühlen, zynischen Art auf. Bertie ließ der Streit kalt. Ihn ließ überhaupt alles kalt. Er war blasiert — wenigstens in allen reinlichen Dingen des Lebens; die schmutzigen hatten keine Anziehungskraft für ihn. Er war seine zwanzig Millionen schwer, alles sicher angelegt, und hatte nie im Leben einen Finger gerührt, wenn es produktive Arbeit galt — er war der Erbe seines Vaters und zweier Anteile. Er war überall gewesen, hatte alles gesehen und alles getan, außer sich zu verheiraten, und das angesichts der grimmigen, entschlossenen Attacke von einigen hundert ehrgeizigen Rüstern. Jahrelang hatte er als die beste Partie gegolten, und doch hatte er vermieiden, sich einzufangen zu lassen. Er war reichlich heiratsfähig. Außer seinem Reichtum war er noch obendrein jung und schön, und wie gesagt, reinlich. Er war groß und athletisch, ein junger, blonder Gott, der alles mit bewundernswürdiger Vollkommenheit tat, mit der einzigen Ausnahme: sich zu verheiraten. Und er machte sich aus nichts etwas, besaß weder Ehrgeiz noch Leidenschaft, noch den Wunsch, gerade das zu tun, was er um so vieles besser tun konnte, als andere.

„Das ist Aufruhr!“ rief einer in der Gruppe. Ein anderer nannte es Revolte und Revolution, ein dritter Anarchie.

„Das kann ich nicht finden,“ jagte Bertie. „Ich war den ganzen Morgen unterwegs. Es herrscht vollkommene Ordnung. Ich hab' noch nie eine bravere Bevölkerung gesehen. Es hat keinen Zweck, zu schimpfen. Es ist keines von diesen Dingen. Es ist lediglich, was es sein will: ein Generalstreik, und jetzt sind Sie am Spiel, meine Herren.“

„Und wir wollen schon richtig spielen!“ rief Garfield, einer der Eisenbahn-Millionäre. „Wir wollen dieser Bande zeigen, wo sie hingehört — diesen Kanakillen! Wartet nur, bis die Regierung einschreitet.“

„Aber wo ist denn die Regierung?“ wandte Bertie ein. „Sie könnte ebenjotut am Ende der Welt sein. Ihr wißt nicht, was in Washington geschieht. Ihr wißt auch nicht, ob ihr überhaupt eine Regierung habt oder nicht.“

„Zerbrechen Sie sich darüber nur nicht den Kopf,“ plähte Garfield heraus.

„Ich zerbreche mir wirklich nicht den Kopf,“ lächelte Bertie blasiert. „Aber ihr scheint es zu tun. Sehen Sie mal in den Spiegel, Garfield!“

Garfield sah nicht hinein, hätte er es aber getan, so würde er einen sehr aufgeregten Herrn mit wirrem, elengrauem Haar, gerötetem Gesicht, mürrischem, zornigem Mund und wild aufleuchtenden Augen gesehen haben.

„Es ist wirklich nicht recht, sag' ich euch,“ meinte der kleine Hanover; und nach seinem Ton zu schließen, hatte er das schon unzählige Male gesagt.

„Da gehen Sie zu weit, Hanover,“ erwiderte Bertie. „Ihr er-müdet mich, Jungens, ihr redet immer vom Open-shop.“ Ihr habt mir das Trommelfell entzwei geredet mit eurem Geschwätz vom Open-shop und von dem Recht des Mannes auf Arbeit. Seit Jahren reitet ihr dies Steifenpferd. Die Arbeiter tun nichts Schlimmes, wenn sie diesen Generalstreik machen. Kein göttliches oder menschliches Gesetz wird dadurch angefaßt. Reden Sie keinen Unfuss, Hanover. Ihr habt selbst zu lange am Strang für die Open-shop gezogen; jetzt müßt ihr auch die Konsequenzen ziehen. Die ganze Geschichte ist gar nicht der Rede wert. Ihr habt die Arbeiter niedergedrückt und ausgefogen, und jetzt drücken die Arbeiter euch nieder und saugen euch aus, das ist alles, und da winselt ihr.“

Die ganze Gruppe leugnete empört, je die Arbeiter ausgefogen zu haben.

„Rein!“ rief Garfield. „Wir haben den Arbeitern immer nur Gutes getan. Statt sie auszufogen, haben wir ihnen Lebensmöglichkeiten geschaffen. Wir haben ihnen Arbeit gegeben. Wo wären die Arbeiter heute, wenn sie uns nicht hätten?“

„Ein gut Teil besser dran,“ höhnte Bertie. „Ihr habt sie niedergedrückt und ausgefogen, so oft ihr Gelegenheit dazu hattet, und Gelegenheiten habt ihr immer gesucht.“

„Rein, nein,“ riefen sie.

„Denk an den Fuhrleute-Streit, gerade hier in San Francisco,“ fuhr Bertie unerschütterlich fort. „Der Arbeitgeber-Verband beschwor ihn herauf. Das wißt ihr. Und ihr wißt, daß ich es auch weiß, denn ich sah es in diesen Räumen und hörte, wie ihr untereinander verhandeltet und das Reuete vom Kampfe besprach. Erst veranlaßt ihr den Streit, dann tauscht ihr euch den Bürgermeister und den Polizeipräsidenten und marst den Streit nieder. Ein schöner Anblick, wie ihr Menschenfreunde mit den Fuhrleuten fertig wurdet und sie prelltet.“

Still, ich bin noch nicht fertig mit euch. Es war erst im letzten Jahr, daß der Arbeiterkandidat von Colorado zum Gouverneur gewählt wurde. Er wurde nie bestätigt. Ihr wißt, warum. Ihr wißt, wie die Menschenfreunde und Kapitalisten von Colorado, eure Brüder, es machten. Das war auch so ein Fall, wo ihr die Arbeiter untergekrigt und geprellt habt. Ihr steckt den Vorsitzenden des Bergarbeiterverbandes auf drei Jahre ins Gefängnis, unter der falschen Anklage, einen Mord begangen zu haben, und als ihr ihn auf diese Weise aus dem Wege geräumt hattet, macht ihr der ganzen Gewerkschaft ein Ende. Ihr werdet mir zugeben, daß das die Arbeiter prellen heißt. Drittens leßt ihr die abgestufte Einkommensteuer für verfassungswidrig erklären, und das war auch eine Prellerei. Und ebenso das Achtstundengesetz, das ihr im letzten Kongreß umwarf.“

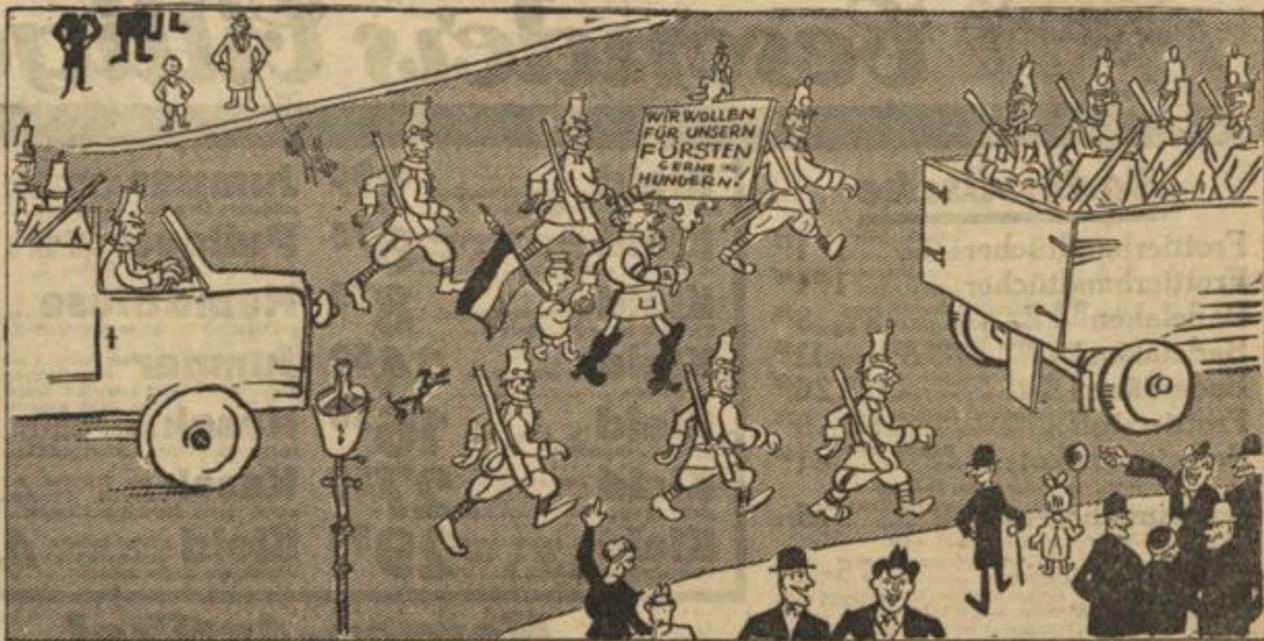
Und der Höhepunkt eurer schrecklichen, grenzenlosen Prellereien war eure Durchbrechung des Cioesed-shop-Prinzips. Ihr wißt, wie es zing. Ihr bestatzt Farburg, den letzten Vorsitzenden der alten amerikanischen Arbeitergewerkschaft. Er war eure Kreatur — oder vielmehr die Kreatur aller Trusts und Arbeitgeber-Verbände, was auf dasselbe herauskommt. Ihr veranlaßt den großen Cioesed-shop-Streit. Farburg verriet die Streikenden. Ihr gewannt, und die alte amerikanische Arbeitergewerkschaft ging in Stücke. Ihr habt sie auf dem Gewissen, Jungens, und damit euch selber; denn auf ihren Trümmern wurde die I.W.W. organisiert — die größte und stärkste Arbeiterorganisation, die die Vereinigten Staaten je gesehen haben, und ihr selbst seid schuld an ihrer Existenz, wie auch an dem jetzigen Generalstreik. Ihr zerschlugt alle alten Gewerkschaften, triebt die Arbeiter in die I.W.W., und die I.W.W. machten den Generalstreik — der immer noch für die Cioesed-shop kämpft. Und dann habt ihr noch die Stütz, hier zu stehen und mir ins Gesicht zu erklären, daß ihr nie die Arbeiter prellt niedergedrückt und geprellt habt? Pah!

Diesmal leugnete keiner. Nur Garfield suchte sich zu verteidigen.

„Wir haben nichts getan, wozu wir nicht gezwungen waren, wenn wir gewinnen wollten.“

„Daron spreche ich nicht,“ antwortete Bertie. „Was mich ärgert, ist nur euer jegliches Gejammer, wo ihr mal einen kleinen Wöfel voll von eurer eigenen Redizin bekommt. Wieviel Streiks

\*) Open-shop bezeichnet in Amerika die Möglichkeit für den Arbeitgeber, jeden, auch den nichtorganisierten Arbeiter einzustellen. Im Gegensatz dazu vertreten die Arbeiter das Prinzip des Cioesed-shop, demzufolge die Arbeitgeber gezwungen sein sollen, nur den Gewerkschaften angeschlossene Arbeiter zu nehmen. Open-shop und Cioesed-shop sind die Lösungen in dem seit Jahrzehnten tobenden sozialen Kampf. Der Überleber.



„Ist der verhaftet?“ — „Ne, er demonstriert!“

habt ihr durch Aushungerung der Arbeiter gewonnen? Schön, jetzt haben die Arbeiter eine Methode gefunden, euch auszuhungern. Sie wollen die Cioesed-shop, und wenn sie ihn durch eure Aushungerung durchsetzen können, so werden sie es eben tun.“

„Ich möchte mir die Bemerkung erlauben, daß Sie selbst früher aus diesen Arbeiterprellereien, die Sie erwähnen, Nutzen gezogen haben,“ warf Brentwood, einer der gerissensten und schlauesten Rechtsanwält des Klubs ein. „Der Fehler ist ebenso schlimm wie der Dieb,“ grinste er. „Sie haben zwar nicht mitgespielt, aber Ihren Anteil eingestekt.“

„Das hat nicht das geringste damit zu tun,“ sagte Bertie langsam. „Sie machen es gerade wie Hanover, indem Sie die Sache ins Moralische hinüberziehen wollen. Ich habe nicht gesagt, daß etwas recht oder unrecht sei. Es ist alles faul, das weiß ich; und das einzige, worüber ich mich aufhalte, ist, daß ihr jetzt jammert in dem Augenblick, wo es euch selbst an den Kragen geht. Natürlich habe ich meinen Nutzen aus den Prellereien gezogen, und, Dank Ihnen, meine Herren, ohne daß ich selbst die schmutzigste Arbeit zu verrichten brauchte. Sie haben es für mich getan — ach, glauben Sie mir, nicht etwa, weil ich tugendhafter wäre als Sie, sondern weil mein guter Vater und seine verschiedenen Brüder mir einen Haufen Geld hinterlassen haben, mit dem ich die schmutzigste Arbeit bezahlen konnte.“

„Wenn Sie uns unterschleiben wollen...“ begann Brentwood erregt.

„Halt, seid nicht blödsinnig,“ unterbrach Bertie ihn frech. „Unter Dieben braucht man sich doch nichts vorzumachen. Die Erhabenen spielen ist gut für Zeitungen und Sonntagsschulen; aber laßt es um Himmels willen, wenn wir unter uns sind. Ihr wißt, und ich weiß auch, wie beim letzten Bauarbeiter-Streit gejobbert wurde, wer das Geld gab, wer die Arbeit tat, und wer den Gewinn einheimste.“ (Brentwood wurde dunkelrot.) „Aber wir hängen alle am selben Strick, und es ist am besten, wenn wir nicht über Moral reden. Noch einmal: spielt das Spiel, spielt es zu Ende, aber jammert nicht, wenn ihr dabei was abkriegt.“

Als ich die Gruppe verließ, zog Bertie gerade wieder die Daumenschrauben an, indem er ihnen den Ernst der Situation ausmalte, darauf hinwies, daß sich in dieser kurzen Zeit schon Mangel an Lebensmitteln fühlbar machte, und sie fragte, was sie dabei tun wollten. Kurz darauf traf ich ihn, zum Begleichen bereit, in der Garderobe und nahm ihn in meinem Auto mit.

„Ein Hauptschlag, dieser Generalstreik,“ sagte er, als wir durch die vollen, aber ruhigen Straßen fuhren. „Ein schwerer Schlag. Die Arbeiter haben uns unversehens an unserer empfindlichsten Stelle gepackt: am Magen. Ich verlaße San Francisco, Cori. Hören Sie auf mich und gehen Sie auch. Irgendwo aufs Land. Da können Sie besser durchkommen. Kaufen Sie einen Vorrat an Lebensmitteln und gehen Sie irgendwo hin in ein Zeit oder eine Blockhütte. Hier werden Leute wie wir bald hungern müssen.“

(Fortsetzung folgt.)

## 25 Jahre Vogelwarte Rossitten.

Die Wasser- und Geländeformationen bringen es mit sich, daß sich die ziehenden Vogelscharen auf der Kurischen Nehrung zusammen-drängen. Sie wollen zur Orientierung scheinbar Land unter sich sehen. Nirgends kann der Vogelzug so gut beobachtet und studiert werden wie auf diesem schmalen Landstreifen, und so wurde hier in dem Rehburgsdörferchen Rossitten im Jahre 1901 eine ornithologisch-biologische Beobachtungsstation gegründet: die Vogelwarte Rossitten, die früher der Deutschen Ornithologischen Gesellschaft gehörte und jetzt dank Uebnahme durch die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft eine feste Grundlage erhalten hat. Leiter der Anstalt ist von ihrem Bestehen an Prof. Dr. J. Thiemann.

Die Vogelwarte hat als Studienobjekt den lebenden Vogel im Gegenatz zur reinen Museumsstätigkeit, und so gehört zu ihren Hauptaufgaben die Erforschung des Vogelzuges. Das an einer besonders übersichtlichen Stelle sieben Kilometer südlich von Rossitten ganz weitaufgeschlossen gelegene Beobachtungshäuschen Almenhorst ermöglicht es dem Beobachter, während der Zugzeiten dauernd mitten in der Vogelzugstraße zu wohnen. Das Häuschen wurde im Jahre 1908 als Stiftung eines begeisterten Vogelwarterngönners erbaut. Hier an dieser klassischen Beobachtungsstelle hat sich nun günstige Gelegenheit zu eingehenden Studien über die einzelnen Erscheinungsformen des Vogelzuges, wie Höhe, Schnelligkeit, Zug nach Alter und Geschlecht, Zug bei Nacht, tägliche Flugzeit, Kosten und dergleichen mehr. Manches Neue konnte dabei im Laufe der langen Jahre ermittelt werden. Bis zu welcher Mächtigkeit die Vogelzüge bei Almenhorst zuweilen anschwellen, mag der Umstand zeigen, daß einmal an zwei aufeinander folgenden Tagen schätzungsweise 587 000 Vögel vorübergezogen sind. Diese lokalen Beobachtungen genügen aber nicht. Es sollte auch die Fortsetzung des Zuges ermittelt werden, und da setzte das Vogelberingungsexperiment ein, das die Vogelwarte Rossitten zuerst für Deutschland vom Jahre 1903 ab durchführte und zu einem internationalen Unternehmen auszubauen suchte. Anstoß zu dem Experiment gab der auf der Kurischen Nehrung übliche Kräbenfang. Zu Speisewezden erbeuten die Nehrungen alljährlich zahlreiche Kräben mit großen Netzen und töten sie auf höchst eigenartige Weise, nämlich durch einen Biß in den Kopf. Diese unverletzt gefangenen Kräben waren die ersten beringt aufgelassenen Versuchobjekte. Später wurden Störche, Röhren, Stare, Raubvögel, Kleiber, Drosseln und alle möglichen

anderen Vogelarten in den Bereich der Unterforschung gezogen. Auf diese Weise sind Zugarten entstanden, die in der Vogelwarte aufge-hängt sind und die Zugwege bis Südafrika, ja bis Westindien zeigen. Die Vogelzugforschung wurde damit in ganz neue Bahnen geleitet. An Stelle von Hypothesen trat ein umfangreiches Tatsachenmaterial.

Von jeher ist es das Bestreben der Vogelwarte Rossitten gewesen, in den breiten Schichten des Volkes Interesse an unserer Vogelwarte zu wecken und damit einen gesunden Tier- und Vogelzug anzubahnen. Dazu soll vor allem die Schausammlung dienen, die den jetzt jährlich schon nach Tausenden zählenden Besuchern die Reichhaltigkeit der Nehrungsvogelwelt vor Augen führen soll und gleichzeitig auch einen hohen wissenschaftlichen Wert besitzt, weil sie in einem zoologischen Grenzgebiete zusammengebracht ist. Weiter dienen dem genannten Zwecke Kurse und Exkursionen, die auf der Vogelwarte abgehalten werden, und schließlich sucht der Leiter der Vogelwarte durch Vorträge und schriftliche Abhandlungen Kenntnisse über die Vogelwarte zu verbreiten. In jüngster Zeit ist ein Rehburgs- und Vogelwartensfilm zusammengestellt worden, betitelt: „Die Wüste am Meer. Bilder von der Kurischen Nehrung“, der Aufschluß über die Arbeiten der Vogelwarte gibt und ganz dazu angetan erscheint, Liebe zur Tierwelt, Liebe zur Nehrung und damit Liebe zur ostpreussischen Heimat in den Herzen der Zuschauer zu erwecken.

Die Vogelwarte hat sich seit den letzten Jahren der alten ritterlichen Falknerei angenommen und unterhält eine Falkenschule. Wissenschaftliche, ästhetische, vogelschützerische und praktische Gesichtspunkte sind dabei maßgebend. Auch sonst werden in besonderen Flugräumen und in einer Teilanlage lebende Vögel gehalten, wobei besonders die für Ostpreußen charakteristischen Arten berücksichtigt werden, wie Kranich, schwarzer Storch, Seeadler, Kolkrabe, Karmisgimpel usw.

## Deutsch für Deutsche.

Unsere deutsche Muttersprache ist zweifellos eine sehr schwer zu erlernende Sprache. Jeder Ausländer wird das bestätigen, fällt es doch sogar vielen Deutschen selbst schwer, ein gutes und richtiges Deutsch zu schreiben. Gut und richtig; darauf kommt es an! Denn viele, die richtig deutsch schreiben, schreiben noch lange nicht gut, da es ihnen an dem nötigen Stilgefühl und dem Stilwissen fehlt. Wir würden aber froh sein, wenn nur erst jeder richtig hochdeutsch schreiben würde; aber da hapert es vielfach. Die Plattdeutschen haben dazu noch mit einer besonderen Fehlerquelle zu rechnen: mi und di gilt bei ihnen für mir und dich, dir und dich. Der Berliner sagt zwar noch mir (mia) und dir, diese stehen aber auch zugleich für den 4. Fall; mich und dich kennt er nicht. Man kann sich den Witzwarr denken, der da oft beim Hochdeutschsprechen und -schreiben angedrückt wird, wenn Unterscheidungen gemacht werden sollen, die man im eigenen Dialekt nicht kennt. Daß selbst viele sogenannte Gebildete kein richtiges Deutsch schreiben, ist ja bekannt.

Eine ganze Reihe von Büchern, guten und auch viel minderwertigen, tritt mit dem Anspruch auf, ein gutes Deutsch zu lehren. Jetzt liegt uns ein neues Buch dieser Art vor: Ernst Wecke: Unser Deutsch im Sonntagsteil. Schwächen und Mängel aller Sprachlehren. Für Lehrer, sorgfältige Schriftsteller und jeden Gebildeten. Im II. Teil: Die klassische Einteilung der Verben, zugleich im Handumdrehen „mir und mich“. Berlin 1926. F. A. Herbig, Verlagsbuchhandlung, 92 Seiten. 2.40 M. Zweifellos ist kein Verfasser, Ernst Wecke berufen, über die deutsche Sprache zu schreiben. Selbständig in seinem Urteil, kein Abschreiber anderer Grammatiken, wirt er auf viele sprachliche Erscheinungen ein neues Licht, stellt Irrtümer anderer Grammatiken richtig und befähigt jeden Strebsamen, nicht nur richtig, sondern auch gut zu schreiben. Der Verfasser wollte vor allem nur das behandeln, was ihm in den bisher erschienenen Grammatiken fehlerhaft oder unvollständig erschien. Für viele wird der zweite Teil eine gute und nützliche Zusammenstellung sein, wenn auch nicht alles neu ist. Im ersten Teil wird auch Geschulteren vieles von Nutzen sein, z. B. warum man nicht „stattgedundene Verformung“ sagen kann oder wie die Häufung von würde um. zu vermeiden ist (in einem mir vorliegenden Druckwert kommt u. a. folgender Stilknäuel vor: Auch wenn . . . würde, daß . . . würde, würde . . . ausgegeben werden). Meine folgenden Randbemerkungen sollen den Wert des Buches nicht herabsetzen, sondern dem Verfasser Winkte für die nächste Auflage geben: Zuerst eins: Verfasser hätte besser getan, zwei Ausgaben seines Büchleins zu veranstalten, nämlich eine ohne Beispiele usw. aus fremden Sprachen (aber dann eine vollständige Grammatik), die andere in vorliegender Form, aber mit einigen Kürzungen (besonders im zweiten Teil). — An einigen Stellen hat der Verfasser mehr seine vorgefaßte, aus logischen Ermägungen gewonnene Ansicht niedergeschrieben, anstatt die lebende Sprache zu beobachten (muß z. B. die Vorzeitigkeit gerade immer durch das Zeitwort ausgedrückt werden, geschieht das nicht besser durch „bereits“ u. ä.). Warum die unschöne Konjunktivform konnte? Unbedingt müssen in der nächsten Auflage u. a. die vereinzelt antisemitischen Bemerkungen, die auch ganz unlogisch sind, wegsfallen, auch Bemerkungen wie „Die beiden westlichen Jargons“ (d. i. Englisch und Französisch).

Das Buch ist lebhaft geschrieben, bringt viel neue und gute Ansichten und Bemerkungen, besonders auch stilistischer Art, und bleibt auch da anregend, wo man dem Verfasser nicht folgen kann. Mit den gemachten Einschränkungen kann es jedem Strebsamen empfohlen werden.

Erich Bagel.

